



STADTTTEIL UMSCHAU

Online-Ausgabe

Stadtteil-Informationen des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Stadtmitte

Liebe Leserin, lieber Leser

die politischen Verhältnisse in unserer Stadt sind schwierig und kaum noch zu verstehen, wie die letzten Wochen gezeigt haben. Die Berichterstattung und die Veröffentlichung von Lesermeinungen ist so manches Mal recht fragwürdig gewesen. Ein Zustand, mit dem wir uns nicht abfinden wollen und dürfen. Die Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“ im SPD-Ortsverein Deichhorst-Stadtmitte (siehe auch den nebenstehenden Bericht über die Zukunftswerkstatt), will mit der Herausgabe dieser Zeitung zumindest den Versuch unternehmen, diese Situation zu verbessern. Vier mal im Jahr wollen wir sowohl über politische Anliegen des Stadtteils und der Stadt als auch aus dem lebendigen SPD-Ortsverein berichten.

Darüber hinaus verstehen wir uns als Sprachrohr aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Stadtteil. Wenn Sie also Ideen, Anregungen oder Anlass zur Kritik haben, wir sind für Sie da. Im Impressum finden Sie unsere Kontaktadressen.

Die Herausgabe einer Zeitung mit Kosten verbunden. Wir finanzieren uns ausschließlich aus Privatspenden von Mitgliedern und Nichtmitgliedern der SPD (weitere Spenderinnen und Spender sind herzlich willkommen). Da das zur Verfügung stehende Geld nur für die Herstellung einer vierseitigen Ausgabe ausreicht, gibt es parallel dazu eine Online-Ausgabe, die in ihrem Umfang nicht begrenzt ist. Sie können also die komplette Ausgabe dieser Zeitung unter www.spd-delmenhorst.de/ortsvereine/deichhorst-stadtmitte/ als PDF-Datei lesen und herunterladen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und hoffen auf einen regen Gedankenaustausch.

Die Redaktion

SPD-Zukunftswerkstatt Deichhorst Nach motzen kommt machen

Es lässt sich nicht bestreiten, die Bundes-SPD befindet sich in einer schweren Krise. Das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl: 23 %

So sieht eine Volkspartei nicht aus.

Von 1998 bis 2009 hat sich ihre Wählerschaft von 20 Mio. auf 10 Mio. halbiert. Über 275.000 Mitglieder haben die Partei seit 1998 verlassen und sie droht nach neuesten Umfragen zwischen den Nichtwählern, Grünen und Die Linke zerrieben zu werden.

Ein Zustand, der uns nicht egal sein kann.

Ein Zustand, der geändert werden muss, wenn man die Grundlagen unserer Gesellschaft (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) noch ernst nimmt, denn das vergangene Jahrhundert ist politisch insbesondere von diesen sozialdemokratischen Idealen und Vorstellungen geprägt worden. Grundsätze, die vor hundert Jahren schon richtig waren und auch heute noch richtig sind, wenn wir unsere Probleme fair und solidarisch bewältigen wollen.

Die Macht- und Bastapolitik, aber auch programmatische Fehler, haben der SPD schweren Schaden zugefügt. Fehler sind aber dazu da, um aus ihnen zu lernen.

Wir haben gelernt.

Bei den Delmenhorster Stadtratswahlen 2006 erreichte die SPD 42,9% Zustimmung und wurde stärkste Fraktion, die Wahlbeteiligung lag jedoch nur bei 42,3%. Acht Parteien und Gruppierungen (inzwischen zu 10 Parteien und Gruppierungen mutiert) bildeten den neuen Stadtrat. Eine Wahlbeteiligung von unter 50%.

So sieht Demokratie nicht aus.

Wir sind in unserem politischen System auf Parteien angewiesen und es unbestreitbar, dass die sich häufig von der Lebenswirklichkeit entfernt haben. **Aber genauso richtig ist es, dass wir Bürgerinnen und Bürger es zugelassen haben, das „die da oben“ nicht mehr wissen, was „uns da unten“ wirklich bewegt.**

Es ist zwar bequem, hin und wieder zur Wahl zugehen (oder auch nicht) und sich ansonsten in Politikerverdrossenheit zu üben. Wenn „die da oben“ aber begreifen sollen, was uns interessiert, dann müssen wir uns endlich wieder in die politi-

sche Willensbildung vor Ort einbringen.

Um dies zu tun, braucht man bei der SPD nicht einmal Mitglied zu sein. So ist es zum Beispiel möglich, Gastmitglied zu werden. Jeder der die Grundwerte der SPD anerkennt, kann Gastmitglied werden. Das Gastmitglied hat das Recht, an Mitgliederversammlungen teil zu nehmen, es hat Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht, kann allerdings nicht an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen oder sich in Gremien wählen lassen.

Die Gastmitgliedschaft kostet 2,50 € pro Monat und gilt für höchstens zwei Jahre. Ein Antragsformular auf Gastmitgliedschaft finden Sie in der Online-Ausgabe dieser Ausgabe auf Seite 10.

Die SPD beweist mit der Einrichtung einer Zukunftswerkstatt, dass sie verstanden hat.

So haben sich Männer wie Frauen, Mitglieder und Gastmitglieder, vor etwa einem Jahr in der Zukunftswerkstatt Deichhorst zusammengefunden.

Ihnen ist die politische Entwicklung in unserem Land und unserer Stadt nicht gleichgültig.

Derzeit sind es 11 Personen. Es sind Deutsche und Migrantinnen aus den unterschiedlichsten Berufen (Student, Auszubildender, Regierungsschuldirektor a.D., Grafiker, Hebamme, Techniker, Gesundheitswissenschaftler, Kauffrau, Drucker sowie Künstler und Innenarchitekt) im Alter zwischen 21 und 74 Jahren, die sich regelmäßig 2x im Monat treffen um über Politik vor Ort, aber auch über die Stadtgrenzen hinaus zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.

Sie nutzen die Möglichkeiten der Einflussnahme in der SPD.

Aus der politischen Diskussion heraus entwickeln sie Anträge an die unterschiedlichsten Parteigremien der SPD, bringen aber auch konkrete Projekte ans Laufen. Zum Beispiel diese Zeitung, die sie komplett geplant, finanziert und geschrieben haben. Ihre Ideen gehen ihnen nicht aus.

Wer jetzt Lust verspüren sollte, den Kampf gegen politische Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit mit den Werkstättlern aufnehmen, er ist herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Für eine weitere vierzügige IGS noch 2011 in Delmenhorst

Dem Elternwunsch endlich nachkommen

Die meisten Eltern wünschen sie sich für ihre Kinder, die anderen verteufeln sie und schwören auf unser „bewährtes“ ständisches Schulsystem, in dem sie schon ausgebildet wurden. Doch als im Jahr 2000 die ersten PISA-Ergebnisse (Vergleichsstudie 15jähriger Schüler in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) veröffentlicht wurden, waren in der Rangfolge der besten Platzierungen in Europa die skandinavischen Länder vorn. Die deutschen Schüler landeten auf Rängen, die nicht mal für den guten Durchschnitt reichten. Daran hat sich bis heute bei den folgenden Untersuchungen nicht viel verändert. Auffällig dabei ist, dass die guten Ergebnisse sämtlich an Integrierten Ganztags-Gesamtschulen erreicht wurden, auf internationaler Ebene. Die anderen Länder haben fast alle integrierende Schulsysteme, die in Deutschland nur eine Randgruppe darstellen. Mit unserem gegliederten (ständischen) System spielt Deutschland eine Sonderrolle im internationalen Vergleich.

Die wesentlichen Merkmale der IGS sind: Es gibt mehr Zeit zum Lernen für alle Schüler. Sie bleiben bis zum 10. Schuljahr gemeinsam an ihrer Schule ein offensichtlich befruchtendes Element für alle Schüler. Erst danach geht es in die weiterführenden Klassen bis zum Abitur, nach dreizehn Jahren. Die Wahl für ein Abitur nach zwölf Jahren bleibt erhalten.

An den Ganztags-Gesamtschulen wird nach einer Pause und gemeinsamen Essen der Unterricht fortgesetzt. Es gibt Fördermöglichkeiten und Freizeitangebote. Damit entfallen auch Nachhilfe und Hausaufgaben weitgehend, gerade auch in den jüngeren Jahrgängen. Schulsozialarbeit unterstützt und stärkt die Kinder. Schulsozialarbeit gehört zum Gesamtbild einer guten Schule und ist deshalb Landesaufgabe.

Die Integrierte Gesamtschule ist die beste Antwort auf die Herausforderungen unserer sich verändernden Gesellschaft. Sie ist die beste und notwendigste Investition in unsere Zukunft. In Delmenhorst sind die Umstände für eine bessere Schulsituation noch nicht vorhanden. So haben sich zum Schuljahresbeginn 2010/11 275 Schüler für den Besuch der hier vorhandenen IGS gemeldet, doch 150 mussten wegen fehlender Plätze draußen bleiben. Das Land Niedersachsen hat diese Schule nur vierzünftig genehmigt, es sind also nur vier Parallelklassen pro Jahrgang erlaubt.

Die Forderung des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Mitte ist deshalb klar: Eine weitere IGS muss her. Dazu besteht eine Möglichkeit, wenn die Stadt Delmenhorst eine Ausnahmegenehmigung mit begründetem Antrag an das Land Niedersachsen stellt. Zur Zeit erteilt die Landesregierung aber nur Genehmigungen für fünfzügige IGS (d.h. 5 Parallelklassen pro Jahrgang müssen gebildet werden), wohl wissend, dass diese

Forderung vor dem Hintergrund der sinkenden Schülerzahlen kaum erfüllt werden kann. Statt die Chance der sinkenden Zahlen zu nutzen für die Besserung der Struktur, die längst überfällig ist, werden mit diesem Argument begründete Anträge abgebügelt. Eine für wahr zukunftsgerechte Bildungspolitik.

Trotzdem muss die Stadt Delmenhorst die Chan-

2011/12 bereitstehen. Das ist dann bildungspolitisch sinnvoll und entspricht dem Elternwunsch. Bildungspolitisch ist doch längst belegt, dass gemeinsames Lernen mit innerer Differenzierung die Methode ist, die den Schülerinnen und Schülern in ihrer Entwicklung am besten entspricht und alle zu Schulabschlüssen führt. Höherwertige Schulabschlüsse werden obendrein überproportional ermöglicht.

Die in Delmenhorst vorhandene vieljährige Praxis mit besten Ergebnissen an der IGS belegt das und hat alle vorherigen Befürchtungen entkräftet.

Noch aber werden diese Ergebnisse nicht entsprechend gewürdigt. Stattdessen werden Eltern, deren Kinder nun in der IGS ihrer Schulpflicht Genüge tun wollen, in ein unwürdiges Losverfahren gezwungen. Wer dort verliert, muss dann noch die schlechtere Chancenverteilung anderer Schulsysteme hinnehmen.

Der Ortsverein Deichhorst der SPD ist daher für ein Ende dieser unwürdigen Lotterie und fordert vom Land Nie-

dersachsen die Genehmigung einer zweiten vierzügigen IGS. Das Land will aber nur fünfzügige Gesamtschulen genehmigen. Bei insgesamt sinkenden Schülerzahlen offenbart diese Bedingung die schlichte Absicht, das System verhindern zu wollen und macht ideologische Einwände deutlich. Der Schutz überholter und veralteter Schulsysteme, - angeblicher mehrheitlicher Elternwunsch - muss ein Ende finden. Die Entwicklung unserer Kinder darf nicht unter dieser überkommenen Vorstellung leiden. Die Forderung der SPD ist klar: Zum 1. August 2011 muss in Delmenhorst eine zweite vierzügige IGS eröffnet werden.

Der Antrag der SPD, diese nun in einem Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, ist bei der letzten Sitzung des Rates am 26. Januar an der bürgerlichen Mehrheit gescheitert.

In einer eilig im Februar angesetzten Rats-Sondersitzung wurde das Thema ohne Diskussion kurzerhand von der Tagesordnung gestrichen. Das zeigt einmal mehr, dass einigen Ratsmitgliedern das kleinliche Pochen auf eine erschwirrelte Mehrheit wichtiger ist, als die Zukunft unserer Kinder.

**Schule soll
ganzheitliches
Lernen fördern.**
Die Schulleitung + Alle!

ce der Ausnahme nutzen, um mindestens eine weitere vierzügige IGS einrichten zu können. Ohnehin ist nicht zu begreifen, dass eine vierzügige IGS zu klein sei, wenn im bestehenden Schulsystem für den Sekundarbereich I die Schulen nur zweizügig und im Sekundarbereich II dreizügig sein können.

Der Rat unserer Stadt tut hin und wieder auch Gutes. So hat er eine Erweiterung der vorhandenen IGS - steht für „Integrierte Gesamtschule“ - beschlossen. Das allein ist zwar noch eine Notlösung und längst kein optimales Konzept, denn dafür müsste eine gesonderte IGS am Standort eines hiesigen Schulzentrums ab Schuljahr

AWO Sozialservice
gemeinnützige GmbH

**VORANKÜNDIGUNG
ERÖFFNUNG
EINER
TAGESPFLEGE
im NEUEN
DEICHHORST**

*Die AWO Sozialservice
wird ab Mai/Juni 2011
eine Tagespflege mit bis
zu zwölf Plätzen im Neuen
Deichhorst eröffnen.*

**Anfragen richten Sie
bitte an**

**Telefon 0 42 21-152 13 23
Lahusenstrasse 9
27753 Delmenhorst**

Die Beratungsprofis in Ihrer Region



In&Out

Unternehmens- und
Personalberatung

Unsere Schwerpunkte

Jobsuche & Bewerbungscoaching
Existenzgründung & Selbstständigkeit
Berufsberatung & Berufsorientierung
Marketing & Kommunikation
Personalsuche & Teambildung
Führung & Controlling

Bremer Str. 133 - 27751 Delmenhorst - Fon: 04221 4903474 - Fax: 04221 4902781
E-Mail: info@beratungsunternehmen.net - Net: www.beratungsunternehmen.net

Wir kennen uns aus. Sie sollten uns kennenlernen.

Krankenhäuser in Delmenhorst lassen notwendige Kooperation vermissen

Wenn nicht bald was passiert, passiert bald nichts mehr

Das Delmenhorster Dilemma mit zwei Krankenhäusern, die nicht zusammen arbeiten, ist zu unser aller Leidwesen nicht neu. Und die Gesundheitspolitik des amtierenden Ministers Rösler, der bei seinem Amtsantritt lauthals für alles Änderung und Besserung versprach, wird dieses Übel, wie andere auch, nicht beheben. Die Hoffnung, dass die Krankenhäuser im Interesse der Qualität der Patienten, besser als bisher kooperieren werden, ist fürs erste wohl dahin. Ein Druckmittel zur Kooperation war der Drang der Kassen auf Modernisierung des klinischen Angebots. Doch nun wird die vorher im Gesundheitsfonds eingeplante Unterdeckung durch schon jetzt angekündigte Zusatzbeiträge einzelner Kassen aufgefüllt und die Notwendigkeit dafür ist nicht hinreichend begründet. Die Forderung nach wirtschaftlicher Modernisierung stellt sich damit nicht mehr. Vielmehr verlieren die Kassen jetzt das Interesse, die vorhandenen, z.T. sogar unwirtschaftlichen Qualitätsbeeinträchtigungen zu beheben.

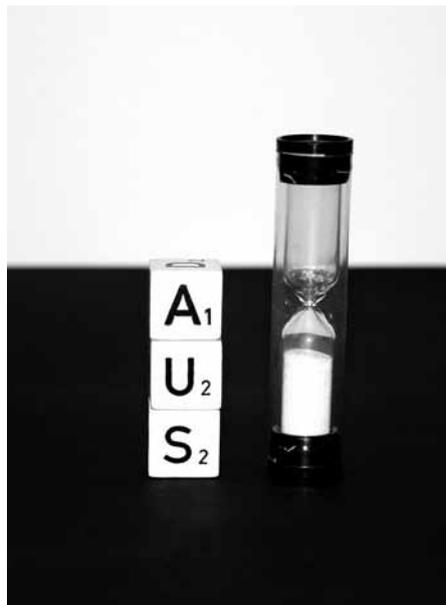
Weiterhin werden beide Häuser ihr Ziel, als „Vollkrankenhaus“ zu überleben, verfolgen. Jedes Haus will jedes Angebot vorhalten. Gutes Fachpersonal dafür einzustellen ist schon jetzt sehr schwierig und mit noch extremerer Personalnot muss man in schon in sehr kurzer Zeit rechnen. Wenn ein Haus z. B. immer

weniger gynäkologische Patienten und immer weniger Geburten hat, wird es auch wegen der dann fehlender Häufigkeiten bestimmter Diagnosen und Behandlungen ein qualitatives Problem bekommen. Gynäkologische Stationen solchen Ausmaßes an beiden Häusern in Delmenhorst vorzuhalten ist mindestens bedenkenswert.

Noch aber lässt kein Haus die Bereitschaft für einen Schritt zukünftiger sinnvoller und die

Qualität steigender Kooperation erkennen. Stattdessen marschieren beide Häuser mit hohem Anspruch in tiefrote Zahlen. Diese Unfähigkeit zur Zusammenarbeit und Innovation hat Folgen: Wichtige ergänzende Angebote kommen in Delmenhorst gar nicht erst an. So wird es denn auch weiterhin fehlen an einer Abteilung für Geriatrie. Das kardiologische Zentrum haben sich viele Bürger in Delmenhorst gewünscht, das wird aber an anderer Stelle eingerichtet. Psychotherapeutische oder gar psychiatrische klinische Behandlungen gibt es in unserer Stadt weder für Erwachsene noch für Kinder ausreichend.

Wer Bereitschaft zur Innovation erkennen lässt, wird auch Gehör bei denen finden, die neue Behandlungsfelder zu vergeben haben. Doch für Delmenhorst heißt die Parole: „Still ruht der See“. In unserer Stadt könnten wir sagen, dass Zusatzbeiträge für Krankenkassen erst erhoben werden dürfen, wenn das unsinnige Nebeneinander von zwei sich in ihrer Entwicklung behindernden Krankenhäusern ein Ende findet. Wenn zukünftig ordentliche Zusammenarbeit praktiziert wird, nicht nur in Delmenhorst, sondern überall in der Republik, könnten Zusatzbeiträge aus dem Sprachschatz der „Gesundheitsreform“ getrost gestrichen werden.



Tagesmütter in Delmenhorst verdienen zum Leben zu wenig!

Wir leben in einer Gesellschaft, die es sich angewöhnt hat, ihre Kinder tagsüber in andere Obhut zu geben. Ein Teil dieses Systems sind „Tagesmütter“, Frauen in aller Regel, die Kleinkinder in Gemeinschaft weiterer Kleinkinder behüten und beschäftigen. Hier sind es mehr als 60 Kinder, die diese Betreuung erfahren. Eine fürwahr verantwortliche Tätigkeit, die Tagesmütter ausüben. Deswegen werden auch bestimmte Anforderungen an sie gestellt. So müssen sie u.a. 160 Stunden Lehrgänge besucht haben, Hauptschulabschluss ist sowieso Voraussetzung, einige der Frauen weisen sogar pädagogische Ausbildungen aus. Diese genannten Vorbedingungen sind die kleinste Stufe, die erklommen werden muss, um der Verantwortung dieser Tätigkeit gerecht zu werden. Und wie wird das ent(be)lohnt?

In Deutschland wird seit Jahren ein Mindestlohn lebhaft diskutiert, der sicherstellen soll, dass Arbeitende von ihrer Tätigkeit leben können.

Zur Festsetzung hat sich aber bis heute keine



politische Mehrheit gefunden, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, wo diese Forderung längst integraler Bestandteil der dort lebenden und handelnden Gesellschaften ist.

So müssen Tagesmütter erkennen, dass sie ohne weitere Unterstützung, z. B. aus den Kassen des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) zum Leben nicht genug verdienen.

Für die SPD Grund genug, das Ende dieses haltlosen Zustandes zu fordern. Es gibt Branchen in Deutschland, deren Tätigkeiten weit geringerer Verantwortung genügen müssen, trotzdem aber schon einen Mindestlohn tarif anerkennen.

In Delmenhorst haben zwar die Angestellten des Jugendamtes, die Tagesmütter beauftragen, einen Tariflohnanspruch, die Tagesmütter selbst hingegen nicht. Deren Entlohnung ist eher so gering, dass man schon von „Missbrauch“ der Tagesmütter sprechen kann. Es geht nicht zusammen, dass auf der einen Seite eine bessere Ausbildung für diese Leistungen gefordert wird, der Lohn dafür aber geringer als z.B. für den Gebäudereiniger angesetzt wird. Und dieser Ansatz stammt auch noch vom Fachbereich „Soziales“ der Stadt Delmenhorst. So werden Tagesmütter, im Grunde gegen ihren Willen, zu Lohndrückern für ausgebildete Pädagogen in den Kindertagesstätten und Krippen dieser Stadt gemacht.

Man kann's ja mal probieren ...

Für Sozialdemokraten ist die Erinnerung an das Jahr 2006 noch sehr lebendig: Die Gruppe CDU, FDP und Unabhängige war nach 5 Jahren Chaospolitik völlig zerfallen. Ihr CDU-Oberbürgermeister lag am Boden, sie hatten ihn selbst zu Fall gebracht. 2001 hatte diese Gruppe von der SPD einen ausgeglichenen Haushalt übernommen. Jetzt, im Jahr 2006 übernahm die SPD erneut die Verantwortung nach einer erfolgreichen Wahl, damit aber auch einen völlig überschuldeten Stadthaushalt.

Eine weitere Erschwernis war, dass die Hälfte der Mitglieder im gesamten Rat und der Oberbürgermeister neu gewählt waren. SPD und CDU hatten sich zu einer lockeren Zusammenarbeit verabredet. Die Verlässlichkeit der CDU war aber nicht gegeben, wie sich bald darauf zeigte

Ebenso lebhaft in Erinnerung sind die Jahre ab 2009.

In der SPD eskalierte ein schon seit 12 Jahren andauernder Kampf, der von einer kleinen eng vernetzten Gruppe erbarmungslos und teils niederträchtig um Machtpositionen in der Partei geführt wurde. L. E., ein ehemaliger Geschäftsführer der SPD, stolperte über seine berufliche Unfähigkeit. Die Landtagsabgeordnete Swantje Hartmann, gleichzeitig stellv. SPD Landesvorsitzende, stellv. Bezirksvorsitzende und stellv. Unterbezirksvorsitzende ausgestattet mit den Kontrollpflichten eines Vorstandes der Geschäftsführung gegenüber, geriet mit in den Sog der Affäre.

Dass sie zu der Zeit Lebensgefährtin des Herrn E. war, erhöhte die Brisanz. Ihr unkluger Umgang mit dieser Situation führte letztlich zum Eklat auf Landes-, Bezirks- und Ortsebene der SPD.

Swantje Hartmann und ihre Anhänger verließen unter Mitnahme ihrer für die SPD errungenen Mandate die Partei und Fraktion. Sie fanden neue politische Heimstätten in CDU, UAD u. WfD.

Die SPD-Fraktion verlor dadurch ein Drittel ihrer Mandate. Mit den restlichen 13 Mandaten konnte sie nur noch selten Mehrheiten



organisieren. Für den von Delmenhorstern mit 72% der Wählerstimmen gewählten Oberbürgermeister gab es keinen Schutz mehr. Die neue Mehrheitsgruppe wurde angeführt von den Ex-SPD-Genossen die inzwischen zu Bürgermeister- und Fraktionsvorsitzposten gekommen waren. Sie setzten ihren bisherigen unwürdig geführten SPD-Kampf mit Unterstützung ihrer jeweiligen Fraktionen im Rat fort. Die politische Mehrheit gegen den

Willen der Wähler reichte ihnen nicht, sie wollten jetzt noch das Amt des gewählten Oberbürgermeisters entgegen seiner im Gesetz festgeschriebenen Position schwächen. Das Votum der Wähler ließen sie dabei völlig außer acht. Während einer CDU-Radtour verkündete die zur CDU-Landtagsabgeordneten gewordene Frau Hartmann voller Stolz,

dass ihre größte Baustelle die Moltkestrasse (Wohnsitz des Oberbürgermeisters) sei. Unmittelbar danach begann der Kampf um die Funktion des Amtes. Derzeit blockieren und bremsen sie das Fortkommen der Stadt wann immer es ihnen möglich ist. Ihr Prinzip: Keine Erfolge für die „Sozen“ oder den Oberbürgermeister von der Mehrheit der Wähler. Mit scheinheiligen und verlogenen Hilfsangeboten, die sich als rechtswidrige Entmachtungsversuche entpuppten, täuschten sie die Öffentlichkeit und beschädigten so rücksichtslos die Stadt und deren Repräsentanten. Die hauptamtliche Landespolitikerin Hartmann ist derweil in einem „schwarzen Loch“ verschwunden.

Dieses Agieren zeigt, dass weder die von den Bürgern 2006 abgewählten Parteien, noch die Ex-SPDler aus ihrem Erlebten etwas gelernt haben. Sie machen weiter wie bisher. Ihre Bereitschaft zur brutalen Durchsetzung ihrer Interessen führt derzeit, wie schon 2001-2006, zu politischem Stillstand, Chaos und Verantwortungsverweigerung in unserer Stadt.

Die Machtgruppe muss schleunigst überlegen, ob sie in ihrem Verhaltensmuster verharren will. Die passen vielleicht noch in eine Spielhalle für billige Politiktaktik. Statt dessen, sollte sie endlich ihre Politikfähigkeit unter Beweis stellen. Der im Jahr 2009 gegen den Willen der Wähler herbeigeführte Machtwechsel hat den Delmenhorstern keine tatkräftigen Politiker beschert. Mit den gesetzwidrigen Angriffen auf den Oberbürgermeister haben sie uns die hässliche Fratze der Macht gezeigt.

Wenn sie nun noch ihre Arbeit gegen die Interessen der Bürger fortsetzen, sind das trübe Aussichten für Delmenhorst. Die Zukunftswerkstatt der SPD-Deichhorst-Stadtmitte fordert den Wechsel, nicht nur den in der Macht.

Vernunft sollte Teilhaber aller zukünftigen Entscheidungen sein.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Deichhorst-Stadtmitte, Arbeitskreis Zukunftswerkstatt

Presserechtlich verantwortlich:

Roswitha Ahrens-Groth, Baumstraße 13 c, 27753 Delmenhorst

Redaktionsanschrift:

Redaktion Stadtteil-Umschau
Auf dem Streek 3, 27753 Delmenhorst

Auflage: 2000

E-Mail: stadtteilumschau@t-online.de

Die Stadtteilumschau erscheint 4x im Jahr

Im Internet geht's mit folgenden Themen weiter:

Das Märchen von der Markthalle	5	Eine persönliche Nachbetrachtung	8-9
Das Tollhaus Stadtrat	5	Antrag auf Gastmitgliedschaft	10
Wenn die Abhängigkeit von der hauptamtlichen Tätigkeit „Politik“ zur Last wird	5	Halbzeitbilanz des Oberbürgermeisters	11-12
Die große Hitparade der Parteiwechsler	6	Ein Anruf aus Schweden	12
Delfina ade, zahlen tut weh	7	Anträge des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Stadtmitte an den Parteitag vom 26. 2. 2011	13-16
ATLAS-Streik			

www.spd-delmehorst.de/ortsvereine/deichhorst-stadtmitte/

Das Märchen von der Delmenhorster Markthalle

Es waren einmal drei Investoren, die wollten aus einer alten Markthalle wieder eine richtige, mit-Leben erfüllte Markthalle machen und das sollte ihnen auch noch Geld bringen. Schnelles Geld, wie Investoren es lieben. Eine runde Million sollte ihnen aus Stadt- und Sanierungsmitteln zufließen, weil das ohne großes Risiko geschehen kann. Eine runde Million sollte es sein, dazu wollten sie natürlich auch die Steuervorteile aus der Zeichnung von Kommanditgesellschafts-Anteilen sowie weiteren indirekten Steuern. Klar, das eigene, sogenannte Investorenrisiko muss ja überschaubar bleiben, gerade mal ein kleiner Kredit, ganz ohne Risiko.



Nun dachten sich alle Leute in der Stadt, diese vielen Zuschüsse und Vorteile lassen unsere Helden „zurückfließen“, z. B. in Form von günstigen Mieten für die potentiellen Pächter. Schließlich war doch „Nachhaltigkeit“ für so ein Projekt angesagt, viele Bewerber sollten kommen und der sanierten Halle Leben einhauchen. Ein Quadratmetermietpreis, der mehr als € 20,00/mtl. beträgt hat schon an anderen Plätzen in Delmenhorst für Stillstand gesorgt. Tatsächlich veranlassten die wesentlich höheren Forderungen der Investoren

die schon in Vorabsprachen eingebundenen Mieter, sich sofort aus ihrem Engagement zu lösen. Sie wollten nicht als Feigenblatt für ausgebuffte Geschäftsmodelle erhalten. Sie wollten mitwirken an der Neugestaltung, an der neuen und doch so alten Nutzung dieses erhaltenswerten Bauwerkes. Nun muss sich die schon bestellte Gelddruckmaschine für die Investoren ein neues Betätigungsfeld suchen. Storno ohne Gebühren. Natürlich haben das Scheitern dieses Vorhabens nicht die Investoren zu verantworten. Der Rat der Stadt - der hat sich so einen Ruf ja ordentlich erworben -- und natürlich der Oberbürgermeister wurden dafür verantwortlich

gemacht, mittlerweile so einfach wie beliebt in Delmenhorst. Dann interessieren die wahren Gründe nicht mehr. Nicht mal die lokale Presse verliert noch ein Wort darüber. Das unterscheidet die modernen Märchen von den alten schönen Geschichten Da wurden die Dinge noch beim Namen genannt und die Gier wurde öffentlich gemacht, sogar an den Pranger stellt. Und wenn sie nicht gestorben sind.....

Wenn die Abhängigkeit von der hauptberuflichen Tätigkeit „Politik“ zur Last wird

Der Parteiaustritt ist noch zu begründen, für den Parteiwechsel fehlen alle Argumente, gilt er doch für jeden Wähler als Gesinnungswechsel und dafür gibt es kaum gute Gründe, die im Zeitrahmen von wenigen Monaten stichhaltig genug sind, um nachvollziehbar zu sein. Kritischer als im Ehrenamt ist der Parteienwechsel zu bewerten, wenn gutbezahlte hauptamtliche Politiker ihre Partei für eine andere verlassen, weil sie damit rechnen müssen nicht wieder nominiert zu werden. Um jetzt noch Unterstützung bei den neuen Wählern zu erlangen, müssen sie sich öffentlich, gnadenlos und ohne Rücksicht auf andere, als Opfer der eigenen Partei darstellen. Oft haben sie lange Jahre getreten oder treten lassen. Wenn dann mal zurück getreten wird, spielt man das arme Opfer und nun endlich Gründe für den Parteiwechsel gefunden hat. Wer einen Parlamentssitz als Faustpfand mit-

bringt, ist beim politischen Gegner stets willkommen. Allerdings, die neue Partei liebt zwar den Verrat, aber nicht den Verräter. So bleibt den Wechslern nur, sich anzubiedern und ihre neue Partei in der Öffentlichkeit über den grünen Klee zu loben. So peinlich dies auch klingen mag, es bleibt ihnen keine Wahl. Wie nach einer Hirnwäsche behaupten sie plötzlich ohne Rücksicht auf ihre Wähler, genau das Gegenteil von dem sie vorher ihre Wähler überzeugt haben. Sie müssen, um ihr gutes Einkommen zu sichern, für ihre Wiederwahl unter ganz anderen Vorzeichen kämpfen. Ach, hätten sie doch bloß eine andere Befähigung erlangt, um ihre eigene finanzielle Unabhängigkeit zu sichern. Ach, hätten sie doch nur einen Beruf erlernt, der ihnen auch anderswo ein Einkommen sicherte. Wer ohne Schutz in ein Haifischbecken springt, muss mindestens gut schwimmen können.

Das Tollhaus „Stadtrat“

Da gehen für die Kommunalwahl 2006 viele ehrenamtliche Bewerber für verschiedene Parteien und Wählergemeinschaften ins Rennen. 44 von ihnen werden in den Stadtrat gewählt, weil sie ihren Wählern glaubhaft genug in ihren Aussagen und Ansichten waren. Doch dann wechseln über ein Dutzend der gewählten Ratsherren und -damen Ansichten, Meinungen und Parteien, ganz nach ihrem Gusto. Ihre Wähler fragen sie nicht mehr, obwohl sie gerade dies behaupten. Doch wie geht das ?

Statt nun aber Mandat und Sitz zurück zu geben und damit gewählten Nachrückern frei zu machen, behaupten sie allen Ernstes, ihre Wähler würden genau das, was sie tun, so haben wollen. Eine solche Dreistigkeit, eine solche Unverfrorenheit ist nicht zu überbieten.

Streit über Sachthemen ist auch innerhalb einer Partei immer möglich, er gehört zur demokratischen Kultur, wie das Salz zur Suppe. Im Kampf um Macht im Amt fällt dieser Streit oft auch härter und rauer aus als gewünscht. Wer dann keine andere Lösung findet und keine Mehrheit in der Fraktion, beugt sich dem Mehrheitsergebnis, wie es die demokratische Kultur erfordert.

Wer das nicht ertragen mag, nimmt den Hut, er kann nicht erwarten, dass seine Wähler den Umschwung mitmachen.

Dies so vorgestellte Ideal wird aber von einigen nicht mitgetragen, aus welchen Gründen sie auch immer glauben, sich politische und moralische Integrität nicht leisten zu können. Sie berufen sich auf ihre persönliche Entscheidung und behaupten, es sei ihr Sache.

Gerade das aber ist es eben nicht.

Während einer Investorenmesse in München kam der Standort Delmenhorst für ein Investment ins Gespräch. Unabhängig von einander sagten zwei Gesprächsbeteiligte: Nach Delmenhorst kann man nicht gehen. Der Rat ist ein Tollhaus. Er entscheidet oft widersinnig, wenig nachvollziehbar für viele, kümmert sich in Einzelfällen nicht mal um die Regeln von Ausschreibungen, Einzelne Ratsherren glauben gar, beliebig auf Kosten der Investoren entscheiden zu können.

Das ist weder Delmenhorst noch für irgendeinen anderen Standort gut. Das Handeln des Rates schädigt den Ruf unserer Stadt.

Von den gewählten Ratsmitgliedern des SPD-Ortsverein Deichhorst-Stadtmitte hat niemand die Partei gewechselt.

Die Ratsmitglieder unseres Ortsvereins sind der Auffassung: Wer für eine Partei antritt und gewählt wird, muss für das Programm auch eintreten – oder zurücktreten. Alles andere ist politischer Betrug.

Es entsteht obendrein Schaden für die Stadt und führt zur Politikerverdrossenheit. Die aber ist und bleibt eine Gefahr für die Demokratie in unserem Land.

Die große Hitparade der Parteiwechsler

SPD	CDU	UAD	FDP	WfD	Liberales	Grüne	Forum	Die Linke	Tier schutz- partei	FDeLP
	Swantje Hartmann									
		Lothar Mandakla								
	Marcel Mattern									
Iskender Sen										
	Gerlinde Wilms									
	Sascha Voigt									
	Henning Schlange									
										Axel Unger
										Uwe Dähne
					Ingeborg Hübscher					
					Murat Kalmis					
				D. Markowiak						
				Hella Plehnert						
				Klaus Findeisen						
			Günter Matthes	2.						Günter Matthes
						H. Suhrkamp				
								J. Dombrowe		Mandat von LAD auf Die Linke übertragen

Sitzverteilung im Delmenhorster Stadtrat 2011



Sitzverteilung im Delmenhorster Stadtrat 2006



Das muss jetzt mal gesagt werden

Delfina ade - zahlen tut weh



-Ein Bürgerkommentar-

Von meiner Meinung lasse ich mich nicht abbringen: Ein schönes Freibad, familien- und sportgerecht, wurde ohne Not abgerissen. Das Frei- und Hallenbad in Delmenhorst, es hörte auf den schönen Namen „Delfina“, wurde technisch nur noch unzureichend unterhalten. Der Abbruch hätte durch gute Instandhaltung vermieden werden können. Es gibt Bäder, auch in unserer Region, die ähnlich lange im Betrieb sind wie unser nun schon „Ehemaliges“ und die funktionieren noch immer. Niemand spricht da von Abriss und Neubau.

Aber, Menschen vernichten Werte in dieser Stadt, die das Angebot niemals selbst genutzt haben, keine Wassersportler sind und niemals mit ihren Familien im Schwimmbad gesichtet wurden. Die Werte, die sie vernichten, gehören ja der Allgemeinheit. Privat würden sie sich sicher ganz anders verhalten. Politiker glauben etwas tun zu müssen, für andere, und fragen sie gar nicht nach ihrer Meinung. Als ob dies eine Rolle spielte. So handeln Politiker und Wirtschaftler häufig, oft bleibt es sogar ohne Folgen, irgendwann geht es schief.

Noch sind wir gar nicht in der Zeit, in der wir den günstigen Preisen im Delfina nachtrauern werden. Noch werden die neuen, hohen Preise nicht kritisiert. Die „Planbesucher“ werden noch nicht an den Kassen herbeigeseht. Noch steht das Versprechen, vollmundig und bar jeder Haftung. Für jetzt fast alltäglich stattfindende Ärgernisse soll die Allgemeinheit zahlen. So soll eine tolle Sauna gebaut werden. Im Grunde ein Gewerbebetrieb wie eine Bäckerei oder ein Supermarkt. Muss das vom Steuerzahler finanziert werden? Es soll es den Saunagästen auch nicht zugemutet werden, hinter, wohlgemerkt, hinter einem Sichtzaun auf ein Heim der DLRG und des Schwimmvereins zu blicken. Also folgt ein Abriss guter Substanz und ein Neubau, der natürlich teurer wird, als das vorher der Fall war. Was soll's, der Steuerzahler steht dafür ein. Der will

aber eigentlich, das Heim soll dort stehen bleiben, dort, wo es jetzt steht. Auch, weil es vorher versprochen wurde. Der Steuerzahler hat gänzlich andere Prioritäten und will diesen Unsinn nicht mit seiner Grundsteuerzahlung finanzieren. Den Reigen kann man fortsetzen: Auch die bis dato gut besuchte Skater-Anlage soll dem neuen Bad Platz machen, Muster wie vor, Steuerzahler tritt dafür ein. Eigentlich hätte es nur einiger neuer Geräte bedurft, für die Skater-Anlage.

Hinter dem Freibad liegt ein einfacher Sportplatz. Natürlich muss auch der verschwinden, um andernorts neu angelegt zu werden. Und wer bezahlt das?

Sie ahnen es schon: Sie lieber Steuerzahler. Neben diesen Folgekosten, immer an einer rechtzeitigen und möglichen Bauunterhaltung gemessen, fällt es kaum noch ins Gewicht, das nun auch noch ein paar Kleingärten diesem Neubau zum Opfer fallen und gleichzeitig eine Vielzahl grundgesunder Laubbäume abgehackt werden.

Sind Investitionen dieser Art eine moderne Form der Verschwendung? Der treibende Keil dieser Art von Geldausgaben zu Lasten der Steuerzahler, fördert gleichzeitig Kunstprojekte aus dem Vermögen der Stadttochter, zeigt sich als Mäzen, macht als Geschäftsführer eines Monopolisten Werbung in den Printmedien, vielleicht auch, um Kritik aus dieser Richtung zu bannen und gibt großzügig Geld aus für fernöstliche, innenarchitektonische Beratung. Ach ja, sein eigenes Jahreseinkommen hat er auch nicht außer acht gelassen: Er steigert es exorbitant, mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien und auch der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat. Gerade noch rechtzeitig wurde ein Arbeitnehmervertreter zum Prokuristen ernannt.

Einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sollte der Sinn nach „Gemeinsinn“ stehen. Der aber fehlt beim lang umkämpften Neubau unseres gut und gern genutzten Bades völlig. Tolle Zwischenmeldungen über den Fortschritt des

Neubaus täuschen darüber nicht hinweg. Das Schwimmbad in Delmenhorst wird durch eine Bädergesellschaft betrieben. Jetzt ruht wegen des Neubaus der Betrieb. Zur Zeit werden weder das Schulschwimmen durchgeführt noch können Vereine ihre sportlichen Aktivitäten betreiben. Dem zufolge dürften auch nicht die vor Jahren vereinbarten Zuschüsse - immerhin rd. 1,5 Mio. Euro jährlich - von der Stadtkasse an die Bädergesellschaft fließen und sie wesentlich entlasten. Doch das haben sich einige Ratsherren und -frauen, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Bädergesellschaft anders gedacht. Nach deren Meinung müsste der Zuschuss trotzdem fließen, auch wenn der eigentliche Zweck nicht erfüllt werden kann. Jetzt sollen „Rücklagen“ für die Bädergesellschaft damit geschaffen werden.

Weil die Stadtkasse aber klamm ist und die Rücklagen nicht füllen kann, will man der Stadt nun (gnädig?), „entgegen“ kommen. So was hört sich immer gut an. Die Gesellschaft nimmt also ein Darlehen für die geplanten Rücklagen auf. Den Kapitaldienst dafür soll allerdings die Stadt (s.o. Stichwort Zuschuss), man kann auch sagen, der Steuerzahler bedienen.

Und das geschieht so: Die Ergebnisabführungen von den Stadtwerken an die Stadtkasse, in jedem Jahr dringend erwartet für fällige Pflichtaufgaben (z. B. Gehaltszahlungen) werden jetzt um die Summe des Kapitaldienstes gekürzt. Soll die Stadt doch solchen Pflichten nun ihrerseits mit teuren Kassenkrediten nachkommen. Konsumtive Ausgaben mit Krediten zu bedienen ist nach alter Weisheit ein möglicher Anfang für das Ende. Eine Sünde für Kämmerer, die Kredite allenfalls investiv verwenden sollen.

Da scheinen einige Ratsherren und -frauen tatsächlich vergessen zu haben, dass sie zuerst in den Stadtrat, erst dann in den Aufsichtsrat der Stadtwerke gewählt wurden. Diese Politik ist gegen die Interessen der Stadt und ihrer Bürger gerichtet. Da bleiben wichtige Aufgaben der Stadt liegen, um Sparkonten für Unwägbarkeiten anzulegen. Das kommt einer politischen Veruntreuung von Geldern gleich, die mit dem Kapital der Stadt verdient werden. Ratsmitglieder, die sich vor den Karren eines klug agierenden Geschäftsführers einer Tochtergesellschaft der Stadt spannen lassen, sollten sich nicht als „Unabhängige“ oder mit dem Emblem „Wir für Delmenhorst“ präsentieren. Für die kommende Wahl empfiehlt sich ehrlicher „Wir für Salmen“. Dann weiß auch der Wähler was ihm blüht, so viel Ehrlichkeit hat er verdient.



Der Streik bei ATLAS

Eine persönliche Nachbetrachtung



Es wurde mit Sicherheit in alten Jahr viel über den Streik der Atlas Beschäftigten geschrieben, oft wurde in dem Medien berichtet und viele Menschen holten sich ihre Information auch direkt an den Streiktoren selbst ab.

Ich möchte hier einmal den Streik bei Atlas aus der Sicht eines ehrenamtlichen Helfers beschreiben und auch auf einige Dinge eingehen, die vielleicht so bisher nicht zu lesen waren.

Der Arbeitskampf bei Atlas entbrannte ja bekanntermaßen daran, dass die in den Werken Ganderkesee, Delmenhorst und Vechta beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze durch den Abschluss eines Tarifvertrages sicherer machen wollten.

Dieses wurde von der Unternehmensleitung strikt abgelehnt und der Unternehmer Fil Filipov weigerte sich bis zuletzt an einem Tisch zusammen mit der Industriegewerkschaft Metall (IGM) Platz zu nehmen.

Das es letztendlich doch zu einem Ergebnis kam, ist mit Sicherheit dem Entgegenkommen der IGM gut zu schreiben, denn nur durch den Verzicht darauf einen Tarifvertrag abschließen zu wollen, hat am 26.11.2010 den Abschluss gebracht, der dann mit großer Mehrheit am Montag, den 29.11.2010 in der Urabstimmung von den beschäftigten angenommen wurde.

So weit, so gut.

Was ist aber das Besondere an diesem Arbeitskampf gewesen?

Man muss dazu bedenken, dass die Beschäftigten aller drei Atlas Werke über 40 Jahre keinen Arbeitskampf durchgeführt haben, weil es ja auch in der Vergangenheit nicht notwendig war, da man es bis jetzt mit Arbeitgebern zu tun hatte, die die Rechte der Arbeitnehmer anerkannten. Sicher gab es auch in der Vergangenheit mal Unstimmigkeiten, aber diese wurden dann gemeinsam gelöst, oft zusammen mit Vertretern der IGM, oft auch in der Mitbestimmung durch die Betriebsräte.

Es hat bisher sicher auch die Beteiligung an verschiedenen Warnstreiks gegeben, aber einen Streik den gab es bisher so nicht.

Dieses Mal wurde es also notwendig, da alle Beteiligten es mit einem völlig uneinsichtigen Arbeitgeber zu tun hatten, einem Arbeitgeber,

der als Alleinherrscher auftreten wollte und der die IGM überhaupt nicht als Gesprächspartner akzeptieren wollte und sicher auch immer noch nicht will.

Ob solche Arbeitgeber in der Bundesrepublik auf Dauer Unternehmen leiten sollten, mögen die Leserinnen und Leser selber beurteilen.

Wenn man wie ich dort am Streiktor als ehrenamtlicher Helfer eingesetzt war, bekommt man natürlich viel von der Stimmung der Streikenden, viel von den Emotionen und auch sehr viel von den Unsicherheiten mit. Aber man erlebt auch, wie die Menschen zusammen wachsen, wie sie zusammen stehen, wie sie sich gegenseitig unterstützen. Immer wieder motivierten sich die Beschäftigten, immer wurden in langen Gesprächen auch über die Ängste gesprochen. Dieses passierte oft am Abend am Streikofen, dort saß man lange zusammen, tauschte Meinungen aus und diskutierte natürlich auch das Verhalten der Streikbrecherinnen und Streikbrecher

In der langen Zeit des Streikes entstanden neue Freundschaften unter den Beschäftigten der drei Werke, natürlich werden auch einige zerbrochen sein, der eine Kollege draußen, der andere drinnen in der Fabrik als Streikbrecher tätig, das hält nicht jede Freundschaft aus, oder aber sie muss erst wieder wachsen.

Überwältigend war auch die Solidarität, die von Tag zu Tag größer wurde. Nicht nur die Solidarität der Bevölkerung der drei Orte in denen die Werke liegen, sondern über die Grenzen der Orte hinweg, in der gesamten Bundesrepublik und teilweise aus dem Ausland.

Von überall gab es Unterstützung und auch die Aufforderung sich nicht klein kriegen zu lassen von solch einem Unternehmertum.

Das heißt, es wurde den Streikenden von Tag zu Tag immer mehr klar, sie standen nicht nur für sich selber vor den Toren, sondern für viele Menschen dieser Republik und dieses Wissen machte sie in ihren Kampf noch stärker.

Viele Menschen aus den Orten Vechta, Delmenhorst und Ganderkesee kamen zu den Streikenden, brachten Kuchen, Obst, Kaffee, Vitamine und viele andere Dinge vorbei. Es gab Gottesdienst an der Toren, viele Delegationen von anderen Betrieben waren vor Ort und unterstützten

die Beschäftigten in ihren Kampf um einen Tarifvertrag, teilweise ganze Wochen als ehrenamtliche StreikhelferInnen.

Aber es gab auch die andere Seite eines Arbeitskampfes. Die Streikbrecherinnen und Streikbrecher auf der einen Seite, dann die Unternehmen die Mitarbeiter schickten damit sie als Streikbrecher eingesetzt werden konnten. Die Vertreter der Geschäftsleitung die jeden Streikenden bei der aus ihrer Sicht kleinsten Verfehlung zum Arbeitsgerichtprozess schleppten, die Mitarbeiter kündigten, die leere LKW,s anfahren ließen, nur um Fotos zu machen um danach den nächsten Prozess anzetteln zu können.

Aber dieses alles gehört auch irgendwie zu einem Arbeitskampf, aber die Härte dieses Arbeitskampfes war schon eine Besondere. Aber da man jetzt ein gutes Ergebnis erzielt hat, sollte man nicht weiter alle Dinge ansprechen, die sicher teilweise nicht zu verstehen waren und sind. Aber auch das Verhalten der Geschäftsleitung sorgte mit Sicherheit dafür, dass alle Streikenden diesen Kampf so zu Ende gebracht haben. Die Beschäftigten können stolz auf das Erreichte sein, sie können mit geradem Rücken durch die Fabriken gehen, sie sind für ihre Rechte eingestanden und sie haben ihrem Arbeitgeber gezeigt, jetzt ist das Maß voll und wir kämpfen um unsere Rechte und wir setzen diese durch.

Der Arbeitgeber Fil Filipov musste eigentlich erkennen welche tolle Mannschaften er an den drei Standorten hat und wenn er es richtig versteht, wir er mit dieser Mannschaft auch in Zukunft gute Komponenten in Vechta, gute Krane in Delmenhorst und gute Bagger in Ganderkesee bauen können.

Und er muss wissen, dass der Arbeitskampf vom 22.10.2010 bis 29.11.2010 die Beschäftigten der drei Atlas Werke zusammen geschweißt hat und diese immer wieder für ihre Rechte eintreten werden, sollte man ihnen diese wieder streitig machen wollen.

Als ehrenamtlicher Helfer war es mir persönlich eine Ehre die Beschäftigten in ihrem Kampf um einen Tarifvertrag unterstützen zu dürfen und sollten sie mich wieder rufen, werde ich da sein.

Jürgen Coors

Der Streik bei ATLAS

Der Sonntag

5 Uhr, die Nachtschicht der Streikenden geht zu Ende, es ist naß und kalt, hoffentlich kommt die Ablösung der Frühschicht bald.

Das Feuer des Koksofen war immer an und es war auch etwas warm, aber die Kälte kriecht durch die Klamotten, von den Beinen hoch bis zum Arm.

So eine Nacht ist doch schon sehr lang, da ist man einer Meinung am Feuer, aber es gibt keine Alternative, alles andere wird für uns auf Dauer zu teuer.

Auf 40 Stunden gehen ohne Lohn dafür zu bekommen, das geht so nicht, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, das heißt doch nur noch Verzicht.

Auf solch eine Idee kann nur jemand kommen, der die Menschen nicht achtet, oder von Morgens bis Abends nach dem eigenen Profit nur trachtet.

Wir haben doch den Betrieb über Jahre hinweg am Leben erhalten, und da kommt so einer daher und will auch noch die Belegschaft spalten.

Das machen wir nicht mit, so etwas kann man mit uns nicht machen, wir haben auch unseren Stolz, und niemand wird über uns lachen.

Wir kämpfen für einen Tarifvertrag, wie lange es wird auch dauern, wir haken uns unter und stehen so fest, wie aus Stein die Mauern.

Auch wenn die Nächte und die Tage naß sind und auch kalt, wir kämpfen auch für die Jungen Menschen, die uns folgen jetzt oder bald.

Deshalb ist es so wichtig, das wir auch im Regen und im Kalten stehn, denn dann können wir den nächsten Generationen immer in die Augen sehn.

Im Betrieb einen Tarifvertrag zu haben, heißt auch ein Stück Sicherheit für alle, und nicht das der Chef sagt, es wird alles gut, das ist nur eine Farce, eine Falle.

Nur mit der IGMetall im Rücken wird es alles richtig gerichtet werden, so ist das nun mal hier bei uns im Arbeitsleben, hier bei uns auf Erden.

Und wenn es auch kalt ist und wir noch nicht genau wissen wie es weiter geht, eines wissen wir alle, ohne Tarifvertrag ist mit Sicherheit vieles zu spät.

Deshalb haken wir uns unter und stehen wie eine Mauer aus Stein, wir stehen weiter zusammen am Feuer und wissen, wir sind nicht allein.

Jürgen Coors



TERMINE



TERMINE

31. 03. 2011

Jahreshauptversammlung mit Delegiertenwahl und Verabschiedung der Liste Ratskandidaten

21. 04. 2011

Vorstandssitzung

26. 05. 2011

Mitgliederversammlung

09. 06. 2011

Vorstandssitzung

Alle Veranstaltungen finden im Hotel Burggrafen, Brauenkamper Straße, jeweils um 19.00 Uhr statt.

Heute schon gelacht?

Eine ältere Dame geht zur Bank, will ein Sparbuch eröffnen und 1000 Euro einzahlen. Sie fragt: „Ist mein Geld bei Ihnen auch sicher?“

Kassierer: „Klar doch!“ Sie fragt: „Und was ist, wenn sie pleite machen?“

Kassierer: „Dann kommt die Landeszentralbank auf!“

Sie fragt: Und was, wenn die pleite machen?“

Kassierer: „Dann kommt die Bundesbank auf!“

Die ältere Dame fragt noch einmal: „Und wenn die pleite macht?“

Kassierer: „Dann tritt die Bundesregierung zurück, und das sollte Ihnen nun wirklich die 1000 Euro wert sein!“

Ein altes, politisch sehr aktiv gewesenes CDU-Mitglied liegt im Sterben. Er läßt einen Pfarrer kommen, um sich die letzte Ölung geben zu lassen. Einen letzten Wunsch hat er auch noch. „Herr Pfarrer, könnten Sie es für mich bewerkstelligen, daß ich noch in die SPD eintrete?“ „Aber wieso das denn? Sie waren doch Ihr ganzes Leben Mitglied in der CDU!“ „Tja, mir ist es halt lieber, wenn einer von der SPD stirbt!“

Antrag auf Gastmitgliedschaft

Name	Vorname	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)
Staatsangehörigkeit	Straße/Hausnummer	Postleitzahl/Wohnort
Telefon/Fax, privat	E-Mail-Adresse	Telefon/Fax, geschäftlich
Beruf/beschäftigt bei	Frühere Parteimitgliedschaft in der SPD von/bis	Gewerkschaft/andere Vereine

Unterschrift

Geschlecht: männlich weiblich

Beschäftigungsverhältnis:

- | | | | |
|---|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angestellte(r) | <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) | <input type="checkbox"/> Selbstständige(r) | <input type="checkbox"/> Schüler(in) bzw. Student(in) |
| <input type="checkbox"/> Hausfrau/-mann | <input type="checkbox"/> Beamtin/Beamter | <input type="checkbox"/> Azubi | <input type="checkbox"/> Rentner(in), Pensionär(in) |
| <input type="checkbox"/> Landwirt(in) | <input type="checkbox"/> Berufssoldat(in) | <input type="checkbox"/> Leitende(r) Angestellte(r) | <input type="checkbox"/> ohne <input type="checkbox"/> anderes |

Name und Anschrift des Werbers/der Werberin

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die SPD widerruflich, meinen Gastbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Meine personenbezogenen Daten werden entsprechend dem Bundesdatenschutzgesetz und der Datenschutzrichtlinie der SPD erhoben, verarbeitet und genutzt, soweit dies für die Parteiarbeit und die Mitgliederbetreuung und -bindung (u. a. SPD-Card) erforderlich ist.

2,50 € Beitrag (EUR pro Monat) Einzugsrhythmus: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Bankleitzahl	Geldinstitut
Kontonummer	Kontoinhaber(in)
Datum	Unterschrift Kontoinhaber(in)

Ich bin damit einverstanden,

Ich bin nicht damit einverstanden,

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

dass meine Anschrift an die örtlichen SPD-Abgeordneten (MdB, MdL, MdEP, SPD-Gemeindefraktion) sowie an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden kann.

Bitte senden Sie den Antrag auf SPD-Gastmitgliedschaft an:
SPD Unterbezirk Delmenhorst, Geschäftsstelle, Arthur-Fitger-Straße 10, 27749 Delmenhorst



Bilanz von Oberbürgermeister Patrick de La Lanne

Sicherheit und Sauberkeit

Delmenhorst ist in den vergangenen Jahren sicherer und sauberer geworden. Dafür spricht die weiterhin zurückgehende Kriminalitätsrate. Der ehemalige Brennpunkt Hauptbahnhof konnte in den vergangenen drei Jahren entschärft werden. Die eingeleiteten Maßnahmen, wie verstärkte Polizeipräsenz, Einsatz des Runden Tisches Migranten und häufigere Reinigungsintervalle tragen Früchte. Der Einsatz der City-Streifen in den vergangenen zwei Jahren war ein Erfolg. Dadurch konnte die Präsenz der „öffentlichen Hand“ in der Innenstadt sichtbar gemacht und das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt werden.

Verkehr B 212neu

Viele Aktionen und eine umfassende Aufklärung der Bürger sowie deren umfassende Mobilisierung, haben mit den Aktivitäten der Stadt dazu beigetragen, dass die so schädliche Planung der B212 im Norden aufgehoben werden konnte. Ein Gutachten wurde erstellt, das die Verfahrensmängel aufgedeckt hat, und deshalb wird die Forderung erhoben das Raumordnungsprogramm neu aufzurollen. Zur Vermeidung des zunehmenden Verkehrs durch Delmenhorst wurden alle Varianten, auch die Entwicklungsachse, geprüft. Davon hat man sich aber wieder verabschiedet, um gemeinsame Aktivitäten mit Ganderkesee gegen die B212 zu ermöglichen.

Finanzen

Die moderate Sparpolitik zeichnet sich aus. Seit meinem Amtsantritt konnten jährlich über 2 Mio. Euro (insgesamt 6,1 Mio. Euro) Schulden abgebaut werden. Die Finanzkrise ging auch an Delmenhorst nicht spurlos vorüber. Dennoch konnten wir durch unsere Maßnahmen das Defizit im Haushalt 2010 von 8,1 auf 3,6 Mio. Euro senken. Nun liegt für 2011 das Haushaltssicherungskonzept im Entwurf vor.

Nein zu Privatisierung

Die immer wieder angesprochene Privatisierung städtischer Unternehmen ist keine Lösung, denn sie führt aufgrund der schwachen Sozialstruktur nur zu einer kurzfristigen Schuldentilgung. Als Alternative gilt es, die moderate Sparpolitik fortzusetzen und nach und nach Schulden abzubauen.

Arbeitslosigkeit

Mit 9,5 % liegt die Arbeitslosigkeit in Delmenhorst unter der von Bremen und Oldenburg. Seit 2005 die Arbeitslosigkeit auf einem Höchststand von 19,8 % war, haben wir uns trotz der Krise kontinuierlich verbessert.

Konjunkturpaket II

Die Mittel des Konjunkturpaketes II wurden schwerpunktmäßig zur energetischen Sanierung und im Bereich Bildung, Sport und Kultur eingesetzt. Dieses ist gut angelegtes Geld, werden doch die Kosten für Energie abgesenkt. Gerade

die Investitionen im Bereich Bildung und Sport kommen unseren Kindern unmittelbar zugute. Hier können wir die Bildungsinfrastruktur in unserer Stadt verbessern.

So viel Bürgerbeteiligung gab es noch nie

Regelmäßig führen wir Info-Stände in der Innenstadt durch. Auch nach der Wahl habe ich mich mit meinen Fachbereichsleitern und Vorstandsmitgliedern den Bürgern gestellt. Einmal im Jahr gibt es einen Tag der offenen Tür. Ich biete regelmäßig Bürgersprechstunden an, um jeden Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit zu geben, mit mir Kontakt aufzunehmen. Die zu den großen Themen durchgeführten Bürgerkonferenzen belegen, dass wir immer auf die Bevölkerung zugehen. Dazu gehörte auch die verschiedentlich durchgeführte Bussprechstunde. Die Bürgerideenbörse ist ein neues Instrument der Bürgerbeteiligung.

Innenstadt

Unter meiner Ägide wurde das Einzelhandelsentwicklungskonzept aufgelegt. Nun herrscht zum ersten Mal Planungssicherheit für die Innenstadt. Systematisch können Großprojekte auf der grünen Wiese zukünftig unterbunden werden. Das neue Markteins verbessert die Aufenthaltsqualität auf dem Marktplatz beachtlich. Vor Kurzem begann die Marktplatzsanierung, die 2012 abgeschlossen sein wird. Damit wird der Kern unserer Stadt aufgewertet und deutlich verbessert.

Der Umbau des CCD und die Einrichtung des Bürgerbüros sind weitere Verbesserungen für die Innenstadt. Das Bürgerbüro mit seinen bürgerfreundlichen Öffnungszeiten auch am Samstag dokumentiert die Offenheit gegenüber dem Bürger. Durch die Sanierung des City-Center konnte auch die Arbeitsqualität für die Mitarbeiter der Stadt deutlich verbessert werden. Delmenhorst ist Sitz der Metropolregion und des Kommunalverbundes geworden. In der Tat ist Delmenhorst das geografische Zentrum der Metropolregion.

Sämtliche Beschlüsse für das Einkaufszentrum sind mit breiter Mehrheit gefällt worden. Nun ist es die Aufgabe der Stadt, sich mit dem interessierten Investoren über die Einzelheiten zu einigen. Die gefundene Größe und die Bedingungen, stellen einen guten Kompromiss zwischen den verschiedenen Forderungen dar. Ziel ist es, der Innenstadt den dringend benötigten Impuls zu geben. Die Entwicklung zu Hertie ist bedauerlich. Der veranschlagte Kaufpreis in Höhe von 7,6 Mio. Euro ist entschieden zu hoch und verhindert jede zukünftige Entwicklung. Die verschiedenen Treffen mit den Ober-/Bürgermeistern der ehemaligen Hertie-Standorte, waren wichtig, um einen Gesamtüberblick über die Lage in Niedersachsen zu bekommen. Es hat derzeit ein Treffen mit dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums Dr. Oliver Liersch gegeben, in dem er seine Unterstützung angeboten hat. Der CDU-Wirtschaftsminister Jörg Bode hat

deutlich gemacht, dass er zum jetzigen Zeitpunkt nicht für ein Gespräch zur Verfügung steht. Die Wirtschaftsförderung bemüht sich mit Nachdruck um eine Zwischennutzung.

Der Rat hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Stadt Delmenhorst die Markthalle selber sanieren soll. Dies ist ein wichtiges Zeichen, damit nach Jahren des Stillstandes die Markthalle als identitätsstiftendes Symbol für die Delmenhorster erhalten bleibt. Ich hätte gerne eine Lösung bevorzugt, in der private Investoren und Stadt gemeinsam die Markthalle saniert hätten, doch hat sich dies leider nicht realisieren lassen. Ich bin aber überzeugt, dass oberstes Ziel sein muss, die Markthalle zu erhalten.

Vor 1 ½ Jahren stellte die Architektin Czerner die beeindruckenden Pläne zum Graffbogen vor. Die Presse schrieb damals von einem „Pluspunkt für Delmenhorst“. Diese Pläne sind überzeugend und zielführend. Nun gibt es endlich einen Auftrag zur Ausschreibung, um einen Investor und Betreiber zu finden. Ich hoffe, dass diese schnell realisiert werden kann, damit nicht noch mehr Zeit verloren geht.

Der Ratsbeschluss zum Neubau und zur Standortwahl des Delfinas wurde von unserer Seite aus vorbereitet. In meiner Amtszeit ist es gelungen, hierüber einen Kompromiss herbeizuführen, sodass beide Seiten mit der jetzt gefundenen Lösung, einen Neubau am alten Standort, gut leben können. Das Delfina wird einen spürbaren Impuls für unsere Stadt bedeuten.

Schulentwicklung

Nach gründlicher Vorbereitung stimmte der Rat der Schulentwicklungsplanung zu. Hier liegt erstmalig eine langfristige Perspektive für die Schulen vor. Bedingt durch den demografischen Wandel werden, gerade auf Haupt- und Realschulen, große Veränderungen zukommen. Würde die Stadt nicht gegensteuern, müssten in den nächsten fünf bis sechs Jahren zwei Hauptschulen und zwei bis drei Jahre später zwei Realschulen geschlossen werden. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage nach Unterricht an der Gesamtschule stark zu. So mussten in diesem Sommer von 270 Bewerbungen 145 Schülerinnen und Schüler von der IGS abgewiesen werden.

Die Forderung nach einer Erweiterung der IGS durch den Schulentwicklungsplan ist völlig richtig und die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule geboten. Bislang konnte die Schließung von Schulstandorten vermieden werden. Um dies auch für die Zukunft zu gewährleisten, ist es meine Idee, dass in den Schulen, die vom demografischen Faktor besonders betroffen sind, Stadtteil- bzw. Familienzentren eingerichtet werden. Ziel dieser Zentren ist es, verschiedene Bildungsangebote, auch Sport- und Kulturaktivitäten, den Kindern und Jugendlichen bereitzustellen. Langfristig wird es in Niedersachsen, nur noch zwei Schultypen geben, nämlich das Gymnasium und die Gesamtschule. Ich hoffe, dass die niedersächsische Landesregierung

endlich ihren Widerstand gegen die Einrichtung und gegen die Absenkung des Erfordernisses der Fünfzügigkeit bei der IGS aufgeben und einsehen wird, dass Hauptschulen zukünftig kaum noch eine Perspektive haben. Für Delmenhorst bedeutet dies, dass eine zweite Gesamtschule aus einer kombinierten Haupt- und Realschule zu entwickeln ist.

Wirtschaft

Die Gewerbegebiete in Delmenhorst entwickeln sich erfreulich, aber auch unterschiedlich. Das Gewerbegebiet an der Niedersachsenstraße läuft sehr gut. Die Ansiedlung der Firma Cloppenburg ist ein Erfolg und die Ansiedlungsgespräche der Firma Arkenau sprechen für sich. Im Gewerbegebiet Gut Delmenhorst in Langenwisch können wir zurzeit noch keine weiteren Erfolge vermelden. Die Ansiedlung des renommierten Unternehmens Hermes ist sehr positiv.

Integration

Delmenhorst ist bei der Integration sehr gut

aufgestellt. Mit einem Migrantenanteil von 20 % ist Delmenhorst eine Einwandererstadt. Umso mehr ist es erforderlich, dass Einwanderung als Stärke gesehen wird. Frauen sind ein Schlüssel der Integration. Die Integrationsleitstelle hat viel erreicht und der Runde Tisch für Migranten, nunmehr der Integrationsbeirat, haben viel für die Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger beigetragen. Viele Projekte, wie auch die Nachbarschaftsbüros, sind angeschoben und sollen weitergeführt werden.

Soziales

Die Delmenhorster Präventionsbausteine konnten in den vergangenen Jahren umgesetzt werden. Ziel ist es, möglichst frühzeitig bedürftigen Kindern und überhaupt Bedürftigen zu helfen. An oberster Stelle steht dabei, einen Fall „Kevin“ unbedingt zu verhindern, indem entsprechende Strukturen geschaffen wurden. Die Einrichtung des Familien- und Kinderservicebüros in der Innenstadt ist ein Zeichen in Richtung Innenstadt, aber noch viel mehr ein Zeichen, dass niedrig-

schwellige Angebote außerhalb der Behörderräume unterbreitet werden. Die Aktionswoche zum Thema Kinderarmut hat deutlich gemacht, dass hier noch viel zu tun ist.

Bildung

Die Berufsakademie ist gegründet und damit ist ein weiteres Zeichen in Richtung akademischer Bildung gesetzt worden. Delmenhorst verfügt als einzige kreisfreie Stadt Niedersachsens über keine Fachhochschule oder Universität. Um dieses zu kompensieren, ist vor über 10 Jahren das Hansewissenschaftskolleg gegründet worden. Mittlerweile ist es eine feste Größe im akademischen Betrieb der Metropolregion. Weiterhin sollten wir akademische Bildung in Delmenhorst ausbauen, um langfristig neue Perspektiven im Bereich Bildung zu schaffen. Bildung ist Rohstoff und Grundlage für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Erfreulich ist, dass mit der Akademie für Weiterbildung und dem HWK solche Einrichtungen bereits vorhanden sind. Diese gilt es in Zukunft aufzubauen.

Ein Anruf aus Schweden. Oder: Wie erkläre ich es meinem Kinde?

Hej Papa.

Hej Suse.

Hur mår du?

Mycket bra!

Und wie geht's Mama und Oma?

Mama geht's gut und Oma mal besser mal schlechter

Ich war gerade im Internet. Bei euch ist ja wieder mal richtig was los. Erzähl mal!

Oh je, das dauert!

Macht nichts.

Auf den Punkt: Diese Mehrheitsgruppe im Rat will den Posten unseres Oberbürgermeisters.

2006 hat doch die SPD gewonnen?

Richtig, 2009 sind aber 7 SPD-Ratsmitglieder aus der SPD ausgetreten.

Ach ja, genau. Wegen der Swantje Hartmann, oder?

Richtig. Den Leuten um Swantje Hartmann ging es seit über 10 Jahren um alle möglichen Machtpöstchen in der SPD. Schlimm war nicht, dass sie es versucht haben, sondern wie sie es versucht haben! Richtig gruselige Berichte gibt es da.

Das muss damals wohl ziemlich mies abgelaufen sein. Sie hat es ja auch schon ganz schön weit gebracht, Papa!

Hatte, ist wohl richtiger. 2008 ist sie zur SPD-Landtagsabgeordneten gewählt worden. Mit ihrem langjähriger Freund, damals SPD-Geschäftsführer und seinen Netzwerken, konnte sie sicher alle Möglichkeiten nutzen.

Den wir damals bei Werder getroffen haben?

Genau. Den hat die SPD 2009 plötzlich nach Hause geschickt, da ging es wohl auch um Geldfragen. Sogar die Staatsanwaltschaft ist tätig geworden. Swantje war damals nicht nur seine Lebenspartnerin, sondern auch seine Vorgesetzte mit allen Kontrollpflichten ihm gegenüber. In der

Presse hat sie stets erklärt, sie wisse von nichts, sie würde in Sippenhaft genommen, vorverurteilt usw.! Jedenfalls ist sie heftig in den Sog dieser Finanzaffäre geraten. Auch ihr in Unordnung geratenes „finanzielles Privatleben“ wurde in der Öffentlich diskutiert. Ihren hauptamtlichen Politikerkollegen auf Landesebene und Bundesebene wurde die Sach zu heiß und plötzlich war sie alle ihre Parteiämter los. Sie gab ihr Parteibuch zurück und nun ist sie CDU-Mitglied!

In der CDU?

In der CDU! Aber ihr Amt im Landtag hatte sie schön behalten. Mit ihr gingen dann auch 5 weitere Leute aus der SPD-Stadtratsfraktion und, ach ich weiß nicht mehr wer genau wohin, jedenfalls sind sie irgendwo wieder eingetreten. CDU, FDP, Wir für Delmenhorst und wie das alles so heißt.

Aber die sind im Stadtrat geblieben?

Na klar.

Papa, geht das den alles so mit den Mandaten, richtig kann das doch nicht sein? Aus-treten ist ja ok, aber Mandate mitnehmen? Nein! Die Wähler haben sich doch mit dem Kandidaten auch für die Politik einer Partei entschieden!

Du hast recht Suse, so richtig finde ich das auch nicht, aber es ist legal und möglich. Jedenfalls haben sich die neuen Heimatparteien der Ex-SPDler nun zusammengeschlossen zu der Machtgruppe, die nun versucht, an das Amt des Oberbürgermeisters zu kommen. Und wieder ist es die Art und Weise, wie sie es versuchen, menschlich nicht in Ordnung. Außerdem ignorieren sie wieder den Willen der Wählerinnen und Wähler.

Aber, ihr habt doch bald Neuwahlen. Vielleicht wird dann ja alles besser?

Ja, Suse, leider erst im September, bis dahin

können die noch eine Menge Unheil anrichten. Swantje hat kürzlich angekündigt, dass sie nicht mehr für den Rat kandidieren wird. Übrigens hieß es, sie ginge nach Hannover-Linden um dort ihr Landtagsmandat zu sichern. Sie hat es abgestritten. Warten wir es mal ab. Andere werden jedenfalls auch aus dem Rat ausscheiden. Vielleicht gibt es dann wieder Ruhe und ordentliche Mehrheiten für die SPD. Das Problem ist, die Leute müssen erkennen, dass sie zur Wahl gehen müssen, damit dieses Drama ein Ende hat und es nicht wieder 10 Parteien im Rat gibt.

Zehn Parteien?

Ja, 10 Parteien. Davon sind einige aber wirklich nur politische Krabbelgruppen.

Papa!!! Krabbelgruppen!

Ja, Krabbelgruppen, die offenbar nur Freude am „Kaputtmachen“ haben! Du weißt doch, dass Delmenhorst eine arme Stadt ist und genau deswegen richtig gute Politiker und Politikerinnen braucht. Der Oberbürgermeister kann doch nur mit verlässlichen Mehrheiten im Stadtrat was auf die Beine stellen. Wir haben es dringend nötig.

Ja, hoffentlich habt ihr Glück in Delmenhorst und die Wähler schauen bei der nächsten Wahl genau hin. Wählerbetrug darf nicht belohnt werden.

Du, Papa, ich dank dir, muss aber jetzt Schluss machen. Rasmus kommt gerade auf den Hof gefahren. Wir wollen zu seinen Eltern, die haben heute neue Kälber bekommen. Die wollen wir uns ansehen.

OK, grüß die Anderssons schön.

Mach ich, und grüß du Mama und die Omis von mir.

Mach ich.

Hej då!

Hej då!

Anträge des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Stadtmitte an den Unterbezirks-Parteitag am 26. Februar 2011.

Alle Anträge wurden angenommen.

Antrag 1

Vorläufige Haushaltsführung 2011 klären

Der OV bittet die Fraktion und den UBV um Unterstützung, damit es zu einer transparenten vorläufigen Haushaltsführung der Stadt schon im ersten Halbjahr 2011 gegenüber den Vereinen und Verbänden kommt. Die im öffentlichen Interesse zu erledigenden Aufgaben sollen nicht gefährdet und die Strukturen auch nicht vorübergehend zerschlagen werden.

Begründung:

Der Haushalt der Stadt für das Jahr 2011 wird erst frühestens im Sommer 2011 im Rat beraten und evtl. beschlossen. Dem schließt sich eine mehrwöchige Genehmigungsphase an. Erst nach Genehmigung – also im Spätsommer 2011 – können gestützt auf den Haushalt Ausgaben veranlasst werden. Dies ist für die Jugendarbeit in Sportvereinen schwer, für manche Vereine gar nicht vorzufinanzieren. Es bedarf einer vorläufigen Regelung. Diese kann vorsehen, dass Ausgaben getätigt werden dürfen, die auch 2010 veranschlagt waren und dies darf geschehen nach einem 1/12 Prinzip: In jedem abgelaufenen Kalendermonat dürfen

1/12 des Vorjahresansatzes bzw. Vorjahresergebnisses zur Ausgabe kommen.

Antrag 2

Hochwasserschutz

Die SPD fordert Rat und Verwaltung auf, für die weitgehend fertiggestellte Hochwasserschutzanlage eine vorläufige Betriebserlaubnis zu beantragen.

Begründung:

In der Zeit der Schneeschmelze im Januar 2011 waren die Böden der Felder entlang der Delme bis nach Harpstedt noch gefroren und nicht in der Lage, z.B. Regenwasser aufzunehmen. Die Wasserstände in den Gräben und Flüssen nahmen sofort zu. Dank gutgepflegter Wasserläufe in Delmenhorst und kluger Wasserwirtschaft kam es niemals zu bedrohlichen Lagen, lediglich einige Graftwiesen dienten als Polder und waren überflutet.

Nun ist die Hochwasserschutzanlage für Delmenhorst in Adelheide nach mehrjähriger Bauphase fast fertig, aber noch nicht abgenommen und es ist noch keine Betriebserlaubnis erteilt. Die ist nach

den letzten Planungen ist für 2012/13 zu erwarten.

Angesichts der zunehmenden extremen Witterungslagen sollte geprüft werden, ob schon in diesem Stadium der Fertigstellung die Hochwasserschutzanlage im Notfall in Betrieb zu nehmen ist. Das wäre im Sinne der Vorsorge hilfreich.

Antrag 3

Straßenreinigung verlässlicher organisieren

Die SPD fordert die Stadtverwaltung auf, die Straßenreinigung verlässlich zu organisieren.

Begründung:

Nicht nur wenn Schnee liegt, auch wenn es kalt wird, stellt die Straßenreinigung in Delmenhorst nach zunehmenden Hinweisen betroffener Anlieger die Straßenreinigung stillschweigend ein. Nachfragen haben ergeben, dass bei der ausgewählten „Nasskehrtechnik“ bei Minusgraden die Technik versagt.

Es ist befremdlich, dass diese Dienstleistungsausfälle niemals angekündigt bzw. erklärt werden, denn die Anlieger zahlen bei den katalogisierten Straßen ja ihre Gebühren für jede Woche im Verlass darauf, dass die Dienstleistung auch regelmäßig erbracht wird. Auch werden den Gebührenschuldern die Kosten für eingesparten Leistungen bisher nicht erstattet. Die SPD ist der Meinung, dass, wie in anderen Städten auch, die Straßenreinigung verlässlich erfolgen sollte, also auch an Tagen mit Minusgraden. Ausnahmen sollten nur die Zeiten sein, in denen auf den Straßen nicht geräumter Schnee liegt.

Antrag 4

Baumanagement

Die SPD beantragt, einen Beauftragten in der Stadtverwaltung zu bestellen, der die verschiedenen Akteure bei Baumaßnahmen koordiniert und sicherstellt, dass nicht fortlaufend bürgerfern durch die Akteure gegenüber den Anliegern und Bewohnern agiert wird.

Begründung:

Der Straßenausbau an der Oldenburger Landstrasse war überfällig und ist besonders kompliziert. Er dauert lange und beeinträchtigt die Anlieger und Anwohner. Diese sind auch bereit sich anzupassen, müssen aber beteiligt werden durch rechtzeitige Information bei

den ständig vorkommenden Eingriffen und Änderungen. Diese seit Baubeginn nicht funktionierende Bürgerbeteiligung ist umso wichtiger, als die Hinweise der Bürger zum Ausbau der Straße ausnahmslos verworfen wurden und bei ihnen der Eindruck entstand, die Fachverwaltung zeige sich nicht kooperativ und wenig Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Antrag 5

Krippenplätze in Delmenhorst

Die SPD fordert den Rat auf, in Delmenhorst den gesetzlichen Anspruch (TAG und SGB VIII) zu erfüllen und 35 % der unter dreijährigen Kinder mit einem Tagespflegeangebot und davon für 70 % (also 22,5 % aller Kinder) einem Krippenplatz vorzuhalten.

Begründung:

Tagespflege und Krippenpädagogik werden von der Fachverwaltung gehandhabt, als handele es sich um eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Tatsächlich ist dieser Bereich der Daseinsvorsorge zur Pflichtaufgabe der Kommunen geworden. In den Haushalten bis 2010 hat die Fachverwaltung keine hinreichende Vorsorge betrieben, will sogar den Kirchen und dem Krankenhaus fachlich durch das Gesetz gestützte Anträge auf Eröffnung von Krippenplätzen ablehnen. Fachpolitisch ist dieser Sachverhalt von den Sprechern der SPD im Rat deutlich kritisiert worden.

Kritisch ist die Fachverwaltung zu sehen, wenn sie Krippen bei Kindergärten nur als gesonderten aber nicht integrierten Betrieb zulässt, obwohl dies allen pädagogischen und organisatorischen Anforderungen widerspricht und die Dienstleistung verteuert. Dies geschieht offensichtlich nur, um die Kindergärten nicht modernisieren zu müssen. Das aber wird notwendig sein, wenn eine erweiterte Betriebserlaubnis für Kindergarten und integrierte Krippe erteilt wird. Kritisch zu beurteilen ist auch die Lage der Tagesmütter: Sie sollen zwar keine fachpädagogische Arbeit leisten, die Kinder sollen gut betreut werden. Dafür aber werden sie mit Entgelten abgespeist, die weit unter den geringsten Mindestlöhnen liegen. Viele Tagesmütter müssen deshalb weiterhin Hartz IV Leistungen beziehen, um ihr Leben finanzieren zu können. Die SPD sollte in der Arbeit mit Kindern sehr darauf drin-

gen, dass die Mitarbeiter – auch die Tagemütter – soviel bezahlt bekommen, dass sie von ihrem Lohn leben können. Kritisch ist die Versorgungslage mit Krippenplätzen. Seit dem 1.10. 2010 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, Mitte 2012 tritt der erweiterte Rechtsanspruch in Kraft. D.h. in Delmenhorst müsste – nach Rechtslage SGB VIII i.V. mit Krippengipfel und Finanzvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden - für 22,5 % der hier lebenden Neugeborenen unter drei Jahren ein Angebot vorgehalten werden. Derzeit hat die Stadt mit 131 Krippenplätzen einen Versorgungsgrad von rd. 7,5 Prozent. Diesen Versorgungsgrad kann man auch noch – im Interesse der Leistungsfähigkeit der Stadt - steigern, indem man für kurze Zeit im Kindergarten aufgenommene Krippenkinder umrechnet in „Ersatzkrippenplätze“. Diese Umrechnung ergibt maximal 50 Ersatzplätze und damit einen rechnerischen Versorgungsgrad von etwas mehr als

10 Prozentpunkte. Damit aber sind immer noch nicht einmal die Hälfte des Versorgungsauftrages von 22,5 Prozent organisiert.

Die Argumente der Fachverwaltung reichen von „Das haben wir immer so gemacht“ bis zu der Unterstellung, die Kritik an ihrer Planung sei nur profanen von Trägerinteressen getragen. Der Verantwortliche im Vorstand hätte gegen den mit geltendem Recht nicht zu vereinbarenden Ratsbeschluss Einspruch einlegen müssen. Der aber lässt jeden Zugang zum Thema zu vermissen.

Was der Fachverwaltung bis zum zuständigen Vorstand fehlt, ist das Verständnis für das pädagogische Bildungsangebot in den Krippen: Dort kann Sprache trainiert werden, kann die Basis gelegt werden für die Inklusion der Kinder. In Krippen wird ein Kind unter drei Jahren so fachkompetent und verlässlich gefördert, dass die Eltern in die Lage versetzt werden, Beruf und Familie miteinander gut zu vereinbaren. Ganderkesee und Stuhr werben in Schriften über den Wirtschaftsstandort mit ihrem Krippenangebot. Dort sind die Familien relativ, zum Teil auch in absoluten Zahlen besser versorgt, als Familien in Delmenhorst. So gesehen ist die Politik der Fachverwaltung im Rathaus auch eine Politik gegen den Standort Delmenhorst.

Und wenn strategische Ziele grundsätzlich und für Delmenhorst speziell gefordert werden: In diesem Fall lassen die Verantwortlichen ein strategisches Ziel für frühkindliche Pädagogik einfach außer acht..

Antrag 6

Mietpreisgutachten systematisch erstellen

Überall, wo die Stadt Delmenhorst auf Grund von Sozialleistungsgesetzen Mietkosten übernehmen muss, sind systematisiert Mietwertgutachten zu erstellen.

Begründung:

Aus öffentlichen Mitteln werden Kosten der Unterkunft für verschiedene Transferleistungsempfänger übernommen. Dabei werden Mieten anerkannt, die angesichts der Qualität vieler Wohnungen, der technischen und energetischen Ausstattung und des Umfeldes der Wohnanlage kaum zu rechtfertigen sind. Dennoch werden die vorliegenden Mietverträge in aller Regel akzeptiert und für viele Vermieter gibt es nichts Verlässlicheres, als Transferempfänger als Mieter zu haben.

Angesichts dieser Praxis erlahmt auch die Initiative der Mieter, Mängel am vermieteten Objekt dem Vermieter anzuzeigen und Mietreduzierung zu verlangen. Die SPD fordert, dass mit Übernahme der Mieten verstärkt Hinweise der Mieter zum Mietobjekt abgefragt werden. Gibt es Mängel, so sind Mietwertgutachten zu bestellen und die zu übernehmenden Mieten abzuskenen.

Antrag 7

Innenstadtbelebung

Die Stadt ersteht (Kauf, Versteigerung etc.) Geschäftshäuser in I a- und -b Lagen in der Innenstadt und verpachtet diese kostendeckend, aber deutlich unter den marktüblichen Mieten.

Begründung:

In der Innenstadt stehen Geschäfte leer und Interessierte können sie nicht mieten, weil die Vermieter Mieterwartungen von deutlich über 20 Euro pro Quadratmeter haben, die einfach nicht erwirtschaftet werden können. Zuletzt ist an dieser Mietgier in Delmenhorst das Projekt Markthalle mit privaten Investoren gescheitert. Die waren nicht bereit, hohe öffentliche Zuschüsse und erhebliche Steuervorteile wenigstens teilweise in ihren Mietpreisen zu berücksichtigen. Wieder wurden überhöhte Mieten von mehr als 20 Euro pro Quadratmeter gefordert und aussichtsreiche Verhandlungen zur Nutzung der Markthalle wurden als Folge solcher immensen Preisvorstellungen beendet.

Eine Politik der Stabilisierung mit tendenzieller Reduzierung der Marktmiete als eine Variante der Innenstadtbelebung muss als Signal gesetzt werden. Das kann so geschehen: Vakante Geschäfte in geeigneten Lagen werden von der Stadt oder einer Gesellschaft der Stadt erstanden und kostendeckend – dann liegt der Preis oft bei nur ca.

50 Prozent der derzeit marktüblichen Mieten – an ausgesuchte Einzelhändler verpachtet. Handelsketten werden von diesen Angeboten ausgeschlossen. Solche Pachtverträge werden stabil und langfristig gelten. Die Geschäftsleute können mit solchen Mieten vom Erwirtschafteten leben und, ebenso wichtig, auch bessere Arbeitsverträge als nur für 400-Euro-Jobs abschließen.

Antrag 8

EWE Verträge zur Stromversorgung

Die Versorgungsverträge (Konzessionsverträge) zwischen EWE und Stadt Delmenhorst laufen demnächst aus. Es sind Vorschläge/Konzepte für die Anschlussregelungen einschließlich einer Belebung der dezentralen regenerativen Energieproduktion vorzulegen.

Begründung:

Die Stadt ist Miteigentümer der EWE, bekommt aber keine marktüblichen Renditen für diese Unternehmensbeteiligung und kann auch nicht, wie sonst marktüblich, damit beliebig handeln. Diese Renditen und der Handel mit Unternehmensanteilen sind in neuen Verträgen an marktüblichen Bedingungen zu orientieren.

In diesen Verhandlungen muss der EWE auch vermittelt werden, dass die Ergebnisverwendung des Unternehmens – also auch die Ergebnisse aus Delmenhorst – nicht nur vorwiegend in das Mäzenatentum der EWE Direktion am Standort der Geschäftsstelle fließen können. Sportstätten, Vereine und auch Sozialeinrichtungen gehobenen Standards wünschen sich auch andere und falls die EWE die befremdliche Konzentration nicht aufgibt, dann kann sie trotz der Teileigentümerschaft nicht mehr mit langfristigen Verträgen für das Versorgungsgebiet Delmenhorst rechnen. Gleichzeitig muss verfolgt werden, dass in Delmenhorst mehr als bisher dezentrale Produktionsstätten für Energiegewinnung entstehen.

Antrag 9

Fachkräftemangel

Importierte Ausbildungen anerkennen, junge Menschen ausbilden, Ausgebildete adäquat einstellen

1. Von Zuwanderern mitgebrachte Qualifikationen müssen zügig anerkannt werden bzw. müssen umgehend Strukturen genutzt werden können, um den jeweiligen Berufsabschluss aus dem Herkunftsland ohne weitere Diskriminierung anerkannt zu bekommen..

2. Die SPD setzt sich dafür ein, dass mehr als bisher schulisch und beruflich im Inland ausgebildet wird, auch um Fachkräfte im konjunkturellen Boom zur Verfügung zu haben.

3. Zur vermehrten Ausbildung gehört auch, dass die Ausgebildeten in ihren Berufen eingestellt werden.

Begründung:

Anstellungsträger brauchen Fachkräfte. Zu einem Teil wollen sie diese „importieren“, also wieder eine Welle von „Gastarbeitern“ durch die Politik anwerben lassen, um sich hinterher wieder zu wundern, dass nicht nur Menschen kommen, sondern auch neue soziale Fragen gestellt werden, die auch finanziert werden müssen.

Nachdem die funktionale Anwerbung von angeblich rückkehrwilligen Arbeitnehmern aus den frühen Jahren der Bundesrepublik zu allein von der öffentlichen Hand zu tragenden Folgeproblemen geführt hat, soll dieses Modell jetzt wiederholt werden. Das lehnt die SPD ab.

Der Arbeitsmarkt in der EU wird demnächst weiter geöffnet, also weitere Wanderungsbewegungen in Europa ermöglichen. Die damit verbundenen Probleme werden zwangsläufig zunehmen. Unser Ziel muss es sein, am Arbeitsmarkt eine ausgeglichene Wanderungsbewegung zu organisieren.

Gleichzeitig müssen mehr junge Menschen zu zukunftsfähigen Ausbildungsabschlüssen geführt werden, als dies derzeit der Fall ist. Wir können es uns nicht leisten, in so großer Diejenigen, die in die Bundesrepublik einwandern, sollten erfahren, dass ihre Ausbildungen und Abschlüsse in kürzester Zeit anerkannt werden, weil Fachkräfte benötigt werden. Die Verschwendung von gesellschaftlichen und individuellen Leistungen, bedingt durch die Nichtanerkennung erlangter Ausbildungsabschlüsse ist eine moderne Form der Diskriminierung und schafft in einem Einwanderungsland zusätzliche Aufwendungen für Transferleistungen.

Scurril mutet an, was Menschen mit akademischen Ausbildungen und guten Sprachkenntnissen nach Einbürgerung erfahren: Als Gastwissenschaftler waren sie in Deutschland an der Ausbildung unserer Nachwuchskräfte beteiligt, als Einwanderer wird ihnen ihr Examen nicht anerkannt und sie sollen wieder mit denen zusammen eine Ausbildung nachholen, die sie gerade noch im Rahmen von Austauschprogrammen selbst gelehrt haben. Auch in Delmenhorst verrichten viele hochqualifizierte Zuwanderer Hilfsarbeiten in Dienstleistungsbereichen, obwohl sie für die Gesellschaft sehr viel sinnvoller eingesetzt werden können.

Zahl junge Menschen ohne Ausbildung für das Berufsleben allein zu lassen. Wenn die Träger des dualen Ausbildungssystems dieser Verantwortung nicht nachkommen, muss die öffentliche Hand in schulisch auszubildenden

Berufen mehr leisten, als dieses derzeit geschieht.

Da die Zuwanderungsdebatte für Fachkräfte auch dem Ziel dienen soll, erneut fachkundige Kräfte ins Land zu holen, um diese dann aber in besonderer Abhängigkeit nicht in gleicher Weise zu bezahlen, wie die einheimischen Kräfte, muss mehr als bisher gerade darauf geachtet werden. Ausgebildete Fachkräfte, gerade auch die her schon lebenden, müssen bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Kinder aus Einwandererfamilien bleiben oft, selbst nach guter Ausbildung, ohne Arbeit. Zu viele Arbeitgeber und andere Anstellungsträger hegen noch Vorbehalte gegen interkulturelle Arbeitnehmerschaften.

Antrag 10

**Eilantrag an den SPD Vorstand und die SPD Bundestagsfraktion:
SGB II Regelsätze**

Der Regelsatz für Hartz IV Empfänger ist ab 01.01. 2011 auf 394 Euro festzusetzen

Begründung:

Die SGB II Regelsätze sind nicht bedarfsdeckend ermittelt. Man hat die Empfängergruppe und ihr Ausgabeverhalten gleichzeitig zur statistischen Bezugsgruppe gemacht. Dies ist unstatthaft und entspricht mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Nach einer Modellrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsförderung muss der Regelsatz bei korrekter und dem Verfassungsgerichtsurteil entsprechender

Ermittlung (und wenn man keine grundsätzlich andere Gliederung des Regelsatzes vorsieht, z.B. in ein Existenzminimum und einen Teilregelsatz für Teilhabe) deutlich höher sein und muss im Jahr 2011 mindestens 394 Euro monatlich betragen.

Damit kann die 5-Euro-Anpassung im Januar 2011, die im übrigen keine echte Steigerung ist, sondern mit einem Verzicht auf die Regelanpassung der Sätze Mitte des Jahres verbunden sein soll, also ein weiteres Mal nicht dem Verfassungsgerichtsurteil folgt, nicht unterstützt werden.

Diese regelkonforme Anhebung der Sätze löst für die Öffentlichen Haushalte Mehrkosten von ca. 2,9 Mrd. Euro aus. Diese sollten gedeckt werden durch die Rücknahme der Mehrwertsteuervergünstigungen für Hotelbetriebe.

Eine urteilskonforme Anpassung wird auch bekämpft durch Hinweise auf das Abstandsgebot zu Lohneinkünften. Diese Debatte ist eine Scheindebatte. Man hat Die Anzahl der Lohnbezieher mit geringem Lohn ist ständig gesteigert worden, u.a. durch Verweigerung eines

gesetzlichen Mindestlohn wie in vergleichbaren Gesellschaften der Europäischen Union

Wenn nach Meinung des Verfassungsgerichts bei korrekter Berechnung ein Bedarf von monatlich 394 Euro den Empfängern des ALG II zugestanden werden soll, dann muss ein ordentliches Arbeitsverhältnis nach Tarif bezahlt oder mit einem gesetzlichen Mindestlohn vergütet werden, der den Regelsatz nach SGB II für berufsfähige Transfereinkommensbezieher deutlich übersteigt und dem vorgegebenen Abstandsgebot nachkommt.

Antrag 11

Schaffung eines Gesetzes für mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Land Niedersachsen

Der Ortsverein Deichhorst – Stadtmitte beantragt, auf Landesebene ein Transparenzgesetz (siehe auch Transparenzgesetz NRW vom 17.12.2009) zu schaffen, das eine Veröffentlichung der Vergütungen zum Ziel hat.

Begründung:

Finanzieren sich Unternehmen der öffentlichen Hand aus öffentlichen Mitteln oder trägt die Öffentliche Hand das Risiko unternehmerischen Handelns, kommt dem Informationsanspruch der Allgemeinheit ein besonderer Stellenwert zu. Die Bürger haben einen berechtigten Anspruch darauf zu erfahren, wofür die öffentlichen Gelder eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Personalkosten in öffentlichen Unternehmen, also die Frage, welche Vergütungen Vorstände und Geschäftsführer sowie die Mitglieder von Aufsichtsgremien in öffentlichen Unternehmen für ihre Tätigkeit erhalten.

Derzeit besteht in Niedersachsen für öffentlich-rechtliche Unternehmen und privat-rechtliche Gesellschaften, an denen das Land oder Gemeinden beteiligt sind, keine Verpflichtung, die Bezüge von Geschäftsführung und Aufsichtsgremium individualisiert auszuweisen.

Antrag 12

Streichung des Elterngeld ab 2011 diskriminiert und muss zurückgenommen werden

Die SPD fordert umgehend eine Reform des Elterngeld mit dem Ziel, die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV Bezieher ab 2011 zurückzunehmen.

Begründung:

Das Elterngeld soll – inhaltlich die Begründungen zum Gesetz - Eltern Kontinuität im Beruf ermöglichen, soll der Armutsvermeidung dienen und Eltern helfen, ihre Alterseinkünfte schon in jungen Jahren kontinuierlich aufzubauen. Daneben entlastet das Elterngeld Be-

triebe, von hohen Kosten für Fluktuationen und Wiedereinstieg.

Das Elterngeld gibt es für 12 resp. 14 Monate. Es beträgt 67 % des Einkommens vor der Geburt des Kindes, jedoch mindestens 300 bis max. 1800 Euro monatlich.

Arbeitslosengeld I Bezieher haben eine Wahlgelegenheit und können den Grundbetrag nehmen und die Anwartschaft auf AIG I Leistungen „aufsparen“ oder sie wählen die einkommensbezogene Berechnung, dann büßen sie Anwartschaftszeiten ein und das Elterngeld wird auf das vorher bezogene Arbeitslosengeld bezogen.

Das Elterngeld ist grundsätzlich steuerfrei. Das bezogene Einkommen aus Elterngeld kann sich aber auf die Steuerprogression auswirken und deshalb – für viele überraschend – Steuernachzahlungen auslösen.

Oft ist das Elterngeld unmittelbar nach der Geburt geringer als selbst ausgerechnet. Das für 8 Wochen nach der Geburt gewährte Mutterschaftsgeld wird auf das Elterngeld angerechnet, was viele nicht erwarten.

Das Elterngeld gibt es neben dem Kindergeld. Zwischen beiden Leistungen findet keine gegenseitige Anrechnung statt.

Arbeitslosengeld II Bezieher (Hartz IV-Familien) sind ab 2011 von dem Bezug – in der Regel des Grundbetrages – des Elterngeldes ausgeschlossen. Sie werden als nicht mehr antragsberechtigt angesehen, obwohl sie den Mehrbedarf durch die Geburt eines Kindes als Eltern genau so haben, wie andere Familien.

Die Familien fühlen sich diskriminiert und sehen sich von der schwarz-gelben Koalition gesellschaftlich abgehängt., zumal sie ironischer Weise ihre Rechte auf Elterngeld zusammen mit Eltern einbüßten, die Einkünfte von 500 000 Euro jährlich haben.

Nachdem diese Familien bereits das Kindergeld voll angerechnet bekamen auf ihre

Rechtsansprüche nach dem SGB II ist nun mit der Streichung des Elterngeldes eine weitere Möglichkeit für die Familien entfallen, ihren Status am Rand der Gesellschaft aus eigener Kraft und mit eigenem Einkommen zu verändern.

Antrag des OV zum Arbeitsinhalt des Rates von 2011 bis 2016:

Antrag 13

Naturschutz für Delmenhorst

Eine Stadt ist ein attraktiver Standort für die Menschen und lädt ein zum Verbleiben in der Stadt, wenn der Naturschutz ernsthaft betrieben wird. Dafür schlägt die SPD

abgestimmt Schritte vor:

I. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt muss gesteigert werden.

Maßnahmen sind zügig voran zu bringen, die der Steigerung der Lebensqualität in Delmenhorst dienen. Dazu gehören insbesondere die Projekte Grafbogen, Marktplatz mit Markthalle und Burginsel.

II.

Folgende Naturschutzmaßnahmen sind zu verfolgen:

- Waldflächen in Delmenhorst sind zu steigern, auch mit dem Mittel der Kompensation
- An Flussläufen - teilweise - sollten Aue-Wald entstehen.
- Aufforstung des Lemkuhlenbusch und des Bracklandbusch verfolgen
- Ausweisung von Wallhecken in Stadtrandbereichen fördern
- Naturelemente im südöstlichen Teil des Neuen Deichhorst parkähnlich gestalten
- Systematische Bestandspflege vor Verkehrssicherungspflicht für „Habitat-Bäume“
- Flächenverbrauch in der Stadt massiv reduzieren, stattdessen Baulücken und Brachland für Stadtentwicklung nutzen.

Für die Naturschutzmaßnahmen wird die SPD ein „Aktionsprogramm Naturschutz“ einfordern und beschließen lassen.

Antrag 14

Einrichtung einer zweiten vierzügigen IGS

Die SPD-Stadtratsfraktion wird auffordert so früh wie möglich, spätestens in der übernächsten Ratssitzung einen Antrag auf Errichtung einer zweiten vierzügigen IGS in Delmenhorst per Ausnahmegenehmigung zur Abstimmung zu bringen.

Begründung:

Der Bedarf ist deutlich nachgewiesen. Im Schuljahr 2010/2011 gab es 275 Anmeldungen für die 5. Klassenstufe, 126 Schüler und Schülerinnen konnten nur aufgenommen werden.

149 Schüler und Schülerinnen mussten abgewiesen werden, weil unsere IGS nur als vierzügige Schule für vier Parallelklassen je Jahrgang genehmigt ist.

Auf dem Bildungsgipfel der CDU/FDP-Landesregierung haben alle Oppositionsparteien im Nds. Landtag, die Spitzenorganisationen der kommunalen Schulträger, der Landeselternrat, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft u.a. um die gesetzlich zu verankernde Errichtung von drei- und vierzügigen IGS`n gerungen und gekämpft, insbesondere für vierzügige IGS`n. Auch der Ortsverein Deichhorst-Stadt-

mitte hat sich von Anfang an dafür stark gemacht.

Leider haben sich alle vertretenen Bildungsträger nicht durchsetzen können. Die CDU/FDP-Landesregierung ist bei ihrem Dogma der verpflichtenden Fünfzügigkeit für Gesamtschulen geblieben. Immerhin gibt es aber die Möglichkeit der Vierzügigkeit für IGS`n in nicht näher beschriebenen Ausnahmefällen. Hier liegt die Chance für Delmenhorst, wenn der Rat mit deutlicher Mehrheit einen entsprechend überzeugenden Ausnahmeantrag stellt. Genau hier muss unsere Partei voran gehen und den ersten Schritt tun, der jetzt erforderlich ist. Die Rechtfertigung für eine Ausnahmegenehmigung liegt u.a. in dem nachgewiesenen großen Bedarf und in der passgenauen Möglichkeit der Errichtung einer vierzügigen IGS in einem unserer Schulzentren ohne nennenswerte Neubauten. Außerdem ließe sich ein großes zukünftiges Problem lösen, das die demografische Entwicklung mit sich bringt. Die IGS bietet alle Elemente einer guten Schule. Es lohnt sich dafür zu kämpfen und alle Mittel für eine Genehmigung auszuschöpfen. Ein Ablehnung der CDU/FDP-Landesregierung wird bei den Eltern und Schülern verständnisloses Kopfschütteln hervorrufen.

Antrag 15

Bundeswehreinsetzung in Afghanistan

Die Bundeswehr muss umgehend aus Afghanistan abgezogen werden

Begründung:

Der Einsatz hat sich in den letzten 8 Jahren dramatisch verändert. Aus Aufbauhilfe ist Kriegseinsatz geworden, aus Hilfe zur Selbsthilfe ist Hilfe der Einheimischen bei Aktionen für fremden Militärmächte geworden.

Der jetzige Einsatz ist in weiten Teilen nicht vom Bundestagsbeschluss gedeckt, ein derartiger Kriegseinsatz ist mit dem Auftrag der Bundeswehr nicht mehr vereinbar.

Präventive Einsatz der Bundeswehr gewährleistet auch nicht, dass die Terrororganisationen von Anschlägen in Deutschland abgehalten werden können. Junge Menschen lassen sich gerade wegen der Kriegsbeteiligung Deutschlands zunehmend radikalisieren und für Anschläge in Deutschland rekrutieren.

Für die verbleibende Dauer der Bundeswehr im Kriegseinsatz in Afghanistan ist die Bundeswehr besser als bisher auszustatten (Kommunikationstechnik, Kompatibilität mit Kommunikationssystemen anderer, gepanzertes Einsatzgerät, Hubschrauber etc). Die Soldaten und ihre Angehörigen sind im Schadensfall zu versorgen, wie dies für Kriegsteilnehmer im Versorgungsrecht möglich ist.